

Bezugspreis:

3 Bände à 10 Mk. monatlich 10 Mk. ...

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtgehaltene Sonntagsausgabe ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 3. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Der Reiche muß zahlen!

Soll man von Steuern reden vor der Wahl? Schreckt das nicht die Wähler ab?

Wollten wir die Geheimen Kommerzienräte, die großen Kriegsgewinnler aus der Schwerindustrie und aus dem Großhandel gewinnen, dann dürften wir von den Steuern nicht reden.

Wollten wir die Partikularisten um Heim in Bayern, die Welfen in Hannover, die rheinischen Sonderbündler für uns gewinnen, dann dürften wir von Steuern vor der Wahl nicht reden.

Die großen Kriegsgewinnler, die Ueberreichen vor dem Kriege, die überreich während des Krieges wurden oder auch überreich durch die Spekulationen nach dem Kriege geworden sind, sind gegen die Steuern, wie sie vor allem durch die Sozialdemokratie erst möglich wurden. Sie sind mit Helfferich gegen die Steuern, die das

Kapital und das Einkommen der Reichsten

zum erheblichen Teile dem Reiche überantworten, weil das Prinzip der Wegsteuerung des Kriegsgewinns, der Abschaffung des Erbrechtes für die Reichsten durch diese Steuergesetzgebung angebahnt, fast verwirklicht wurde.

Die bayerischen Volksparteiler, die Welfen und die anderen Sonderbündler sind gegen die neuen Steuern, weil die Steuerhöhe fast restlos auf das Reich übergegangen ist, weil es künftig keine Steueroasen mehr geben kann, weil die Gleichheit der Steuerpflicht im ganzen Reiche festgelegt wurde.

Eine gewaltige Vermögensverschiebung wird sich aus dieser im wahrsten Sinne des Wortes

Sozialistischen Steuergesetzgebung

Welches sind die entscheidenden Steuern, die uns die deutsche Nationalversammlung gebracht hat und die ohne die Macht der Sozialdemokratie niemals möglich gewesen wären?

Die Kriegssteuergesetzgebung wurde zum Abschluß gebracht, die Vermögenssteuern, die Erbschafts- und die Einkommensteuern wurden aufs höchste ausgebildet und aufs gründlichste der Leistungsfähigkeit angepaßt.

Unter den Kriegsteuergesetzen ist das einschneidendste das Gesetz über die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs. Die ersten 5000 M. und über Haupt Kapitalisten, die 10 000 M. nicht übersteigen, bleiben steuerfrei. Dann erst beginnt die Steuer mit 10 v. H. und sie steigt ununterbrochen in einer noch nie dagewesenen Progression, denn was über 178 000 M. nach Abzug der Steuern auch dem größten Kriegsgewinnler übrig bleibt, fällt an das Reich, weil die

Progression bis auf 100 Prozent steigt!

Während diese Steuer nur den Vermögenszuwachs von 1913 ab erfährt, besteht daneben und sich gegenseitig steigend das Reichsnotopfer, das wieder die kleinsten Vermögen unbesteuert läßt, aber dann, mit einer Steuer mit 10 v. H. beginnend, bei den größten Vermögensteilen der Reichsten 65 v. H., also fast zwei Drittel des Besitzes erfährt.

Am ausgebildetsten ist die Erbschaftssteuergesetzgebung. In der Nachlasssteuer, die als die Kontrolle aller Steuerhinterziehungen und aller Vermögensverschiebungen ins Ausland wirken soll, werden nur bis 5 v. H. des Nachlasses steuerlich erfährt, dafür wirken aber dreifache Progressionen nach der Entfernung der Verwandtschaft des Erben vom Toten, nach der Höhe der Erbschaft und nach dem Vermögen des Erben so stark sich gegenseitig steigend, daß ohne Nachlasssteuer bis

90 Proz., mit Nachlasssteuer 95 Proz. des reichen Erbes von den reichsten Erben gezahlt werden müssen. Damit nicht die Erbschaftsteuer durch Schenkungen unter Lebenden umgangen werden kann, müssen bei Schenkungen irgendwie erheblicher Art ebensoviel Steuern gezahlt werden, als Erbanfallsteuer zu leisten wäre.

Die neue Reichseinkommensteuer, die an Stelle der bisherigen Landeseinkommensteuern, aber auch der Zuschläge für Kreis und Gemeinden tritt, bleiben die niedrigsten Einkommen in weit höherem Maße, als das bei den bisherigen Landessteuern der Fall war, unbesteuert, und die Steuerhöhe bleibt vielfach zurück hinter den bisher gezahlten Landes- und Gemeindecinkommensteuern. Dafür werden aber die

Reichsten ganz außerordentlich stark erfaßt.

Sie müssen bis 60 Prozent des größten Teils ihres Einkommens an das Reich steuern, so daß ihre Einkommen zum größten Teile dem Reiche zufallen werden.

Neben diesen überaus stark einschneidenden direkten Steuern treten die indirekten im Rahmen des Reichssteuerwesens erheblich, ja ganz bedeutend zurück, wenn man sie vergleicht mit der Rolle, die die indirekten Steuern im Haushalte des Deutschen Reiches vor dem Kriege gespielt haben. Die indirekten Steuern sind uns

ausgenötigt durch den Friedensvertrag,

wonach sich die Ententemächte vergewissern können, daß das deutsche Steuersystem im allgemeinen im Verhältnis vollkommen ebenso schwer ist als dasjenige irgendeiner der im Wiedergutmachungsausschuß der Entente vertretenen Mächte. Da Frankreich und Italien ein aufs äußerste vervollkommnetes indirektes Steuersystem haben, so lag es nahe, daß wir nicht warten durften, bis die Ententemächte uns ihre brutalen indirekten Steuern aufzwingen, sondern daß wir selbst diesem

Ueberaus vorteilhaft unterscheiden sich die indirekten Steuern, die nach dem verlorenen Krieg und nach den brutalen Friedensbedingungen nicht zu umgehen waren, von denen der Ententemächte. In unser neues indirektes Steuersystem ist

auch das Prinzip der Progression

gebracht worden. Für Luxusartikel zahlt man zehnmal mehr Umsatzsteuer als für die Artikel des täglichen Gebrauchs. Die teure Zigarre und Zigarette und der teure Schnapslabak ist um ein Vielfaches höher besteuert als das billige Tabakfabrikat. Wer die Preise heute kennt, der weiß, daß ihre Höhe nicht durch die indirekten Steuern, so sehr wie diese verdammen, sondern durch ganz andere Umstände bestimmt ist.

So sind die Steuern, die die Nationalversammlung geschaffen hat und die ohne Sozialdemokratie niemals möglich gewesen wären, eine der größten deutschen Leistungen der Gesetzgebung nach der Revolution.

Auf sie ist die Sozialdemokratie stolz.

Noch besser wären die Steuergesetze geworden, wenn die Sozialdemokratie die Mehrheit in der Nationalversammlung gehabt hätte, wenn sie nicht beengt worden wäre durch die Koalition, die uns ausgenötigt wurde durch den Kampf der U.S.P. gegen die Sozialdemokratie.

Diese Steuergesetze, die vielfach sehr rasch ausgearbeitet werden mußten, werden vom kommenden Reichstage neu ausgebaut und umgebildet werden müssen. Da wird sich noch vieles schaffen lassen, um diese Gesetze im sozialistischen Sinne zu vervollkommen, um sie auch den weitesten Ansprüchen des Proletariats genügen zu lassen.

Das wird aber nur möglich sein, wenn aus der Wahl vom 6. Juni eine sozialdemokratische Mehrheit erwächst. Wähler und Wählerinnen! Alle eure Anstrengungen in den zur Auffklärung der Massen noch übrig bleibenden wenigen Tagen sollen so gesteigert werden, damit bis 1924 und von da ab erst recht Deutschlands Schicksal bestimme ein

Helfferich gegen Helfferich.

Oder: Die erdolchte Front.

Das A und O der deutschnationalen Wahlagitatio ist die freche Behauptung, unser heutiges Elend wäre durch die Revolution und die Sozialdemokratie, der Zusammenbruch nicht durch die militärische Niederlage verschuldet. Gegen diese Geschichtsklüge zeugt der erste Mann und höchste Würdenträger der Deutschnationalen, Herr Helfferich.

Herr Helfferich, der Vizekanzler des alten Systems, hat in seinem Erinnerungsbuche „Der Weltkrieg“ so mancherlei erzählt, was einwandfrei die Schuld des alten Systems am Zusammenbruche beweist. Da erzählt er uns, wie wir im Kriege zum wirtschaftlichen Niedergange und Zusammenbruch geführt wurden. Er vermerkt den Rückgang und das Abdrosseln unseres Auslands Handels und fährt dann fort:

Das neutrale Vorgehen unserer belagerten Festung haben wir in dem schweren Wirtschaftskampf siegreich behauptet. Allerdings wurde auch dieses Vorgehen mehr und mehr verwüstet und unterhöhlt. Wir mußten deshalb vom Ende des Jahres 1918 an mit einem kaum aufzuhaltenden allmählichen Versiegen auch unserer letzten neutralen Bezugsquellen ernstlich rechnen.

Und über das wirtschaftliche Hindenburg-Programm sagt Helfferich:

Es brachte nicht nur unsere Arbeitsverhältnisse, sondern auch unsere Transport- und Kohlenverhältnisse in eine schlimme Verwirrung!

Nach den Deutschnationalen hat erst die Revolution die Transport- und Kohlenverhältnisse in Verwirrung gebracht. Man sieht hier eine demagogische Lüge. Und über das ganze Hindenburgprogramm urteilt Helfferich:

Das Programm war ein Programm der Selbstüberschätzung und der Ueberschätzung der deutschen Volks- und Wirtschaftskraft.

Und an anderer Stelle sagt Helfferich zu demselben Thema:

Man hätte mit weniger Arbeitskräften und Material erheblich mehr für die Ausrüstung des Heeres geleistet, und unserer Wirtschaft Störungen und Erschütterungen erspart, die letzten Endes an die Wurzeln der Widerstandskraft unseres Volkes gingen.

So urteilt Helfferich sehr richtig über die verbrecherische Wirtschaft des wilhelminischen Regiments, das letzten Endes die Widerstandskraft unseres Volkes brechen mußte.

Aber es kommt noch schöner. Den Todesstoß erhielten wir durch die Teilnahme Amerikas am Kriege. Sogar Herrn Helfferich erschien es 1915

als ein geradezu verhängnisvoller Fehler, es wegen des U-Boot-Krieges zum Bruch mit Amerika kommen zu lassen.

Herr Helfferich hält es in seinem Buche für unmöglich, daß England nach sechs oder acht Monaten wegen Frachtraummangels nicht mehr in der Lage sein werde, weiter zu kämpfen.

Trotz dieser Unmöglichkeit wurde der verschärfte U-Boot-Krieg gemacht und uns Amerika auf den Hals gehetzt. Helfferich sah bei Aufnahme des verschärften U-Boot-Krieges den Bruch mit Amerika für unvermeidlich und erkennt die gewaltigen Folgen dieses Bruches.

Wenn die Karte des rücksichtslosen U-Boot-Krieges ausgespielt wird, und sie nicht, dann sind wir verloren, dann sind wir auf Jahrhunderte hinaus verloren.

So schreibt Helfferich. Die Karte hat nicht gestochen, jetzt aber sind wir nach den Deutschnationalen nicht wegen des verbrecherischen Reichsfinns der damaligen Nachhader im Elend, sondern wegen der Revolution sind wir verloren. Können Lügen besser entlarvt und widerlegt werden?

Und wie die Militärs mit ihrer Großmäuligkeit das Volk zermürbt, die „Front erdolcht“ haben, sagt er in folgendem:

Da die allzu bestimmte Voraussetzungen, daß der U-Boot-Krieg zur Niederwerfung Englands führen werde, in zu weite und zu tiefe Kreise gedungen war, als daß nach Ablauf der genannten Zeit das Ausbleiben des entscheidenden Erfolges nicht eine Enttäuschung und einen Stimmungsrückschlag hätte hervorrufen müssen.

Aber auch noch auf anderen Gebieten beweist Herr Helfferich die Schuld des alten Systems am Zusammenbruche. Ueber den kurzschichtigen Annexionsfrieden, den die Oberste Heeresleitung von den Russen in Brest-Litowsk erzwang, schreibt Helfferich:

Eine verblendete Ohnbild, eine unverantwortliche Herausforderung des Schicksals zu einer Zeit, in der die Entwicklung der Dinge im Westen die dringlichste Mahnung war, abzubauen, sich in den Zielen zu bescheiden und die Kräfte zu konzentrieren.

Dann kam der Zusammenbruch, der nach den Sünden der wilhelminischen Gewaltentäter kommen mußte. Ueber

Sozialdemokratischer Reichstag.

die entscheidende militärische Niederlage an der Front, der der Zusammenbruch im Lande folgte, sagt Seltschick:

Der im März 1918 mit dem stärksten Aufgebot an Mannschaften und Material so glänzend eingeleitete Feldzug war verloren. Wir waren nach übermenschlichen Anstrengungen und beispiellosen Opfern unter maßlos erschwerenden Verhältnissen in die Verteidigung zurückgeworfen. Die große zahlenmäßige Überlegenheit an Menschen und Material gab nach Seltschick dem entscheidenden, für uns verberlichen Ausschlag.

Hier redet Herr Seltschick noch nicht vom der Revolution, die den Zusammenbruch gebracht haben soll, hier schildert er die Dinge, wie sie tatsächlich lagen und zusammenfassend kann man dem Herrn Seltschick zustimmen, der auf Seite 34 seines dritten Bandes über die Ursachen des Zusammenbruchs schreibt:

Die schweren Verluste und Leiden des Krieges, die Abwärtswandlung der Kräfte gegen eine Welt, hatten das Volk moralisch und psychisch mehr und mehr schwächt. Das Vertrauen in die staatlichen Autoritäten, die sich den Anforderungen der Zeit nicht gewachsen gezeigt hatten, war schwer erschüttert.

Herr Seltschick kandidiert für die Deutschen Nationalen (die die Träger des alten schwindigen Systems waren und sind) in drei Wahlkreisen an erster Stelle. Im Wahlkampf lebt er wie seine Partei von der großen Lüge über die Schuld am Zusammenbruch. Herr Seltschick hat in seinem Buche sich und die Deutschenationalen treffend widerlegt.

Wer geht nach Spa? Die Wähler entscheiden es.

Gegenüber ausländischen Meldungen, Hermann Müller und Dr. Brüder würden nach Spa kommen, teilt die „D. N. Z.“ mit, die Reichsregierung habe „den Reichsminister“ und „den Reichsminister des Reiches“ angeordnet, ohne jedoch Namen zu nennen. Die Frage wird offen gelassen, wer nach dem 6. Juni Reichsminister und Außenminister sein wird.

Die Entscheidung darüber steht bei den Wählern. Sie haben es in der Hand, zu bestimmen, daß z. B. antwort Müller und Brüder zweifelhafte Vertreter „böhmischer Delinquenten“ wie Seltschick und Stresemann nach Spa fahren sollen. Der Erfolg würde sicherlich enorm sein. Oder nicht? Würde nicht das wünschenswerte Interesse der deutschösterreichischen Presse eine ausführliche Antwort von selbst verbleiben. So würden wir uns erlauben, diese Frage an sie zu richten. So aber muß es den noch denkfähigen Wählern überlassen bleiben, die Antwort selber zu finden.

Die sabotierte Internationale. Essentielle Abkündigung der U. S. P.

Nachdem die deutschen Unabhängigen den großen Pamphlet gegen den Internationalen Sozialistenkongress von Genf verfaßt hatten, haben die deutschösterreichischen Genossen, vorläufige Leute, die sie sind, gleichfalls beschlossen, lieber nicht nach Genf zu gehen und haben diesen Beschluß dem Internationalen Sozialistischen Bureau in einem höflich-verlegenen Entschuldigungsschreiben mitgeteilt.

Das Internationale Sozialistische Bureau hat daraufhin eine Antwort nach Wien geschickt, in der zunächst festgestellt wird, daß der Internationale Kongress von der Eugenier Konferenz auf Antrag der Österreicher vom 1. Februar auf den 31. Juli verlegt worden ist. Die österreichischen Genossen, heißt es weiter, begründeten ihre Ablehnung nicht mit prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten und künftigen dies angeht ihrer ganzen Haltung nach gar nicht. Trotzdem entschloß sie sich, um den linkslebenden Elementen ein Jugendband zu machen, einer eingegangenen internationalen Verpflichtung und mochten so die Internationale zum Brückenknoten ihrer inneren Differenzen.

Das vom Genossen Camille Guyomard unterzeichnete Schreiben laut dann wörtlich weiter:

Sie sind überzeugt, daß derzeit jeder Versuch der Zusammenfassung verfrucht ist und eine Entwertung des künftigen Wiederaufbaus der Internationale bedeutet. Mit einem ganz ähnlichen Argument hat man im Kriege alle Friedensbestrebungen unterbunden. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß ein Versuch der Zusammenfassung der Internationale nie verfrucht ist. Sachliche Hindernisse liegen der Zusammenfassung heute auch nicht mehr im Wege. Die vorhandenen Differenzen tatsächlicher und auch prinzipieller Art brauchen ein solches Hindernis nicht zu sein. Das einzige Hindernis ist der mangeltende Wille einzelner Parteien, mit anderen Parteien international zusammenzuarbeiten, weil sie in manchen Fragen der sozialistischen Politik augenblicklich eine verschiedene Auffassung vertreten.

Was Sie von der Internationale verlangen, ist, daß sie die Hände in den Schoß legt und bessere Zeiten abwartet. Andere Parteien sind aber nicht der Ansicht, daß die Internationale damit ihre Pflicht löse. Eine Reihe von Sectionen haben schon der von Ihnen beantragten Verlegung des Genfer Kongresses nur mit schweren Bedenken zugestimmt und seitdem unausgesetzt auf die Einberufung des Kongresses gedrängt. Sogar Vertreter von ausgeschiedenen Parteien erklären uns, daß sie der Genfer Tagung mit Ungehörigkeit entgegensehen, weil selbst ein Kumpfkongress besser wäre als eine vollständige Selbstverneinung der Internationale. Namentlich hat auch die britische Labour Party die Einberufung des Genfer Kongresses sehr eifrig betrieben. Sie wollen dem internationalen Solidaritätsgefühl der Labour Party einen wohlverdienten Tribut, aber wir gestatten uns die Bemerkung, daß sie der Anerkennung der österreichischen Partei mehr Gewicht beigemessen hätte, wenn Sie sich in tätiger Mitarbeit für die schnelle Wiedervereinigung der Internationale gekümmert hätte.

Wir glauben unserer Pflicht besser zu genügen, indem wir dem Drängen der die Einberufung des Genfer Kongresses fordernden Parteien nachkommen und damit den und von der Eugenier Konferenz gegebenen Auftrag erfüllen, als wenn wir auf die unbestimmte Hoffnung hin, daß die Vorbereitungen für die Wiedervereinigung der Internationale sich einmal bessern könnten, unsere Kräfte bloß dazu benützen, unser Schicksal mit Passivität zu tragen.

Die Tore der Internationale stehen weit offen für jede Crapulation, die die sozialistischen Grundzüge offen und ehrlich anerkennet. Wir können nicht zugeben, daß irgendeine sozialistische Partei das Recht hat, das erreichbare Maß von Zusammenarbeit mit anderen sozialistischen Parteien auf internationaler Ebene zu verweigern. Wer aus Opportunitätsgründen, aus Selbstgeiz oder in Verfolgung eines nach allen bisherigen Erfahrungen unerreichbaren Ideal internationaler Gleichsinnigkeit das Erreichbare verächtlich, der läßt die Verantwortung auf sich für die fortwährende Aktionsunfähigkeit der Internationale und verurteilt sich schwer an den Interessen der Arbeiterklasse.

Die österreichischen Sozialdemokraten treiben bekanntlich im Innern genau dieselbe Politik wie die deutschen Sozialdemokraten, begleiten sie aber mit „unabhängigen“ Redenarten und Gestikulationen. So wagen sie es jetzt gegen ihre bessere Einsicht nicht, nach Genf zu gehen, weil sie den strahlendsten Vorbild der Berliner U. S. P. schlagen würden. Die vom Internationalen Bureau erhobenen Bedenke treffen in erster Linie die deutschen Unabhängigen und erst in zweitem Abstände auch die ihnen aus behauerwürdigter Schwäche nachhumpelnden Österreicher.

Die deutschen Unabhängigen sind es, die — auch sie wiederum aus Furcht vor den Kommunisten — den Wiederaufbau der Internationale zu verhindern suchen und die sich damit an den Interessen der Arbeiterklasse auf das schwerste veründigen.

Keine Putschtruppen in Berlin! Erklärung des Reichswehrministeriums.

Die „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht unter der Überschrift „Ansammlung von reaktionären Putschtruppen vor Berlin“ Nachrichten, wonach in einigen Bezirken Berlins eine beschuldigte Ansammlung von Truppen festgestellt worden sei. Es wird behauptet, daß in der Nähe von Erkner und Fingsthal, ferner in Köpenick und in Potsdam sächsischen Truppen, besonders auch solche bayerischer Regimenter eingezogen seien. Amlich wird festgestellt, daß alle diese Behauptungen in vollem Umfange unbegründet sind. Es befinden sich im ganzen Umkreise Berlins keinerlei Truppen, die nicht befehlsmäßig sich dort aufhalten können. Wenn im besonderen behauptet wird, daß der Bürgermeister von Köpenick vergeblich dagegen protestiert habe, daß die Krankenschwestern dieser Stadt gerufen würden, anscheinend um mit Truppen besetzt zu werden, so ist amlich festgestellt, daß der Bürgermeister ausweislich der Erklärung hat, daß an dieser Behauptung auch nicht ein waches Wort sei. Die um Berlin liegenden Truppen haben geschlossen hinter ihren Führern, die erst vor wenigen Tagen mit Nachdruck erklärt haben, sich unter allen Umständen der verfassungsmäßigen Regierung gegen jeden Putschversuch zur Verfügung zu halten. Wenn schließlich behauptet wird, daß Prinz August Wilhelm in Potsdam die Führung der angeblichen putzistischen Truppen übernommen habe, so kann mitgeteilt werden, daß Prinz August Wilhelm sich zurzeit nicht in Potsdam aufhält, sich vielmehr auf Reisen befindet. Soweit das Reichswehrministerium. Wir können keine Angaben zur Stunde nicht nachprüfen, hören aber, daß man z. B. in Potsdam auffallend viel Militär sieht.

Heute Donnerstag berät Minister Dr. Gehler in Berlin mit sämtlichen Reichswehrkommandeuren. Auch der bayerische Landesherr v. Nothmann nimmt teil.

Lüttich.

Zu der Meldung, daß Lüttich sich im Kreise Rosenberg aufhalte, erklärt der Landrat, daß es sich um einen Hauptmann von Lüttich handle. Der Landrat habe dessen Paß selbst geprüft.

Militärausbreitungen in Oldenburg.

Protesttelegramm an den Reichswehrminister.

Oldenburg, 2. Juni. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Chergierig des Freikorps Schütz liegen sich schwere Ausbreitungen zuschulden kommen. Sie verhafteten Zivilpersonen, die sie auf dem Transport zum Wachtlokal mitführten. Ein Zivilist wurde erschossen. Die sozialdemokratische Parteiorganisation hat an den Reichswehrminister Dr. Gehler ein Protesttelegramm gerichtet und Schutz verlangt.

Pfeffer in die Augen.

Hauptmann v. Pfeffer, der Führer des „Frontbundes“, schickt uns aus Babelsberg zu unseren Entwürfen über das Treiben des Frontbundes einen Brief, in dem er behauptet, ihm seien Anzeigen in den Rund gelegt, die er niemals getan habe. Von allem befreit er, daß der Bund je einen Pfennig aus der Schwerindustrie, von Gutbesitzern, aus Staatsmitteln usw. erhalten habe. Auch seine „Organe“, soll wohl heißen: die Werber, wurden „mit geradezu schamlosen Mitteln als wahre Abenteuerlinge hingestellt“. Alle die ruhigen und sachlichen Verhandlungen des Frontbundes sind völlig entstellt worden.

Zum Beweis legt der Hauptmann ein „neutrales“ Flugblatt des Frontbundes bei, in welchem „Parteiopposition und Klassenkampf“ in den Reihen des Frontbundes „auf schärfste verworfen“ werden. Von den zahlreichen anderen Flugblättern, die wir zitiert haben, und die offene Feindschaft gegen die Regierung, insbesondere aber gegen die „Juden“ ainen, scheidet er. Deshalb können wir die Zuschrift nicht als eine „Berichtigung“ werten. Unsere Gewährsmänner sind uns sicher genug, um anzunehmen zu können, daß sie die Anzeigen über die schwerindustriellen und andere Geldquellen sich nicht aus den Fingern gelogen haben.

Selbst auf die Gefahr hin, von Pfeffer als „ehr- und pflichtvergessene Zeitungsbekanntmachung“, wie es in einem Flugblatt heißt, angesehen zu werden, müssen wir seine Berichtigung lediglich als Pfeffer in die Augen betrachten.

Scheidemann „verbrannt“.

Magdeburg, 2. Juni. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die „Vollstimme“ in Magdeburg veröffentlicht unter der Überschrift „Der verbrannte Scheidemann“ Mitteilungen über das Treiben des Freikorps Kühne in Altengraben. Mit dem Einzug des Freikorps Kühne, das nach dem Rump-Putsch aus Schlesien nach Altengraben kam, um hier ausgesetzt zu werden, zog dort ein Kurra-Monarchismus ohne Gleichen ein. Seinen Höhepunkt erreichte das Treiben am 17. Mai, als Abschied gefeiert wurde, da die Truppe tags darauf nach Oldenburg kam. Hauptmann Kühne trat als neugeborener Major auf, schmückte mit zahlreichen Orden. Eine herbeigeholte Militärkapelle spielte die alten patriotischen Weisen. Nach dem Abschied der Front mit großem Geisels, den üblichen Gratulationen beschränkte der neue Major 40 Mannschaften zu Unteroffizieren und 100 zu Gefreiten und verlieh dann Eisene Kreuze 1. und 2. Klasse.

Zu dieser Ungeschichte hielt er dann noch eine große Rede, räumte sich der guten Verbindung mit der 4. Brigade in Magdeburg und dem Reichswehrministerium; auch in Dresden stehe sein Stern hoch über dem Horizont. Das ganze Theater endete mit einem deftigen Hoch auf „Seine Majestät den Kaiser“. Die Kapelle spielte „Deutschland über alles“ und „Heil Dir im Siegerkranz“. Nach diesem Auftakt wurde ein Fackelzug inszeniert und dann zog alles im Paradezug nach einem riesigen Holzkoh.

Nachdem sich alles um den Holzkoh gruppiert hatte, wurde dieser angezündet. Eine Menge Strahlpuppen, die heutige Minister und sonstige prominente Persönlichkeiten darstellten, wurden von einem

Feldweibel unter den blühenden Redenarten und großem Beifallsgeschrei ins Feuer geworfen. Zuletzt kam die Puppe, die Scheidemann darstellte, an die Reihe. Bevor sie in die Flammen geworfen wurde, sagte der Feldweibel wörtlich: „Auch du, Scheidemann, sollst nicht mehr zur Regierung kommen; auch nicht mehr nach der Schweiz fliehen, nicht mehr ins Reichsmuseum kommen, denn dort klinkt es genau, deshalb hinein mit dir ins Feuer!“ Nachdem der wahnwitzige Beifall, der auf das Beifallsgeschrei zeigte, wie verheut die Truppe ist, sich gelegt hatte, trat Major Kühne an den Feldweibel heran und gratulierte ihm zu seiner reaktionären Gesinnung. Erneuter rasender Beifall. Am trat der Militärgeistliche in Aktion. Seine Rede endete mit der Forderung auf Beseitigung der „Judenregierung“. Dem Reichswehrminister ist ausführlicher Bericht über die Vorgänge gemacht worden. Allerdings das Reichswehrministerium!

Waffenschiebung.

Ein Konsul vorübergehend festgenommen.

Genf, 2. Juni. (Eig. Drahtbericht.) In Berlin kürzlich seit einiger Zeit Berichte über Verkäufe großer Mengen von Gewehren und militärischen Ausrüstungsgegenständen. Die Regierung ist den Gerüchten eifrig nachgegangen, zumal die Namen höherer Ministerialbeamten hineingezogen wurden. Es ist ihr jetzt gelungen, die verschlungenen Fäden zu entwirren. Sie führen auf ausländische Stellen zurück, die sich hier im großen Stil mit Schiebergeschäften, sog. Aufgeschäften zu befaßten schienen.

Die Untersuchung hat unter anderem zur vorübergehenden Festnahme des Konsuls Cier befreundeten Nacht geführt.

Die verdächtigten Ministerialbeamten, deren vollständige Schuldfähigkeit geprüft, haben Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Die Untersuchung darüber, inwiefern im übrigen strafbare Handlungen vorliegen, dauert fort. Es ist zu hoffen, daß diesem Unwesen endgültig ein Ende bereitet wird.

Der Tod Hans Paasches.

Die mißverständliche Erschießung.

Dem ersten Bericht des vom preussischen Ministerium des Innern zur Untersuchung der Angelegenheit Paasche entsandten Polizeirats entnehmen wir:

Nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen kann als erwiesen werden, daß eine Verhaftung des Paasche weder von dem Regierungskommissar verfaßt noch von dem Militär oder den mitwirkenden Beamten ausgesprochen worden ist;

der mit der Durchführung der Durchsuchung beauftragte Offizier vor der Durchsuchung mit dem Besitzer des Gutes hat sprechen wollen und den Gendarmen ersucht hat, Paasche zu ihm zu bitten;

der Gendarm Paasche gesagt hat, er möchte mit ihm weiter zum Hause gehen, wo ihn einige Herren erwarten; der Gendarm und die Soldaten, die aus dem Begleitpaasches folgerten, daß er von dem Gendarm festgenommen worden sei, wiederholt „Halt“ gerufen haben;

der eine der beiden Soldaten in dieser Annahme eingebend der ihm erteilten Instruktion, nach der er schießen dürfe, wenn ein Festgenommener sich durch die Flucht seiner Festnahme zu entziehen suche und auf dreimaligen Halt nicht reche, hinter Paasche zwei Schüsse abgegeben hat, ohne ihn zu treffen;

ein anderer Soldat angenommen hat, daß Paasche, hinter dem Gendarm und diese beiden Soldaten herlaufen, und hinter dem Halt gerufen wurde, dem Gendarm nach der Festnahme entfliehen sei und zur Verhinderung der weiteren Flucht und nach erfolgtem Anruf auf Paasche zwei Schüsse abgegeben hat, von denen der zweite tödlich war.

Anzutreffend ist, daß die Soldaten den Leichnam im Walde liegen ließen, daß die Leiche erst auf die wiederholten Bitten der Hausdame Frau Lars ins Haus gebracht worden ist.

Daß Soldaten in die Küche eingedrungen seien und dort Essen gefordert haben.

Es ist noch Angabe der Hausdame unzutreffend, daß sie durch terroristische Maßnahmen eingeschüchtert worden sei.

Es ist unzutreffend, daß Gutsarbeiter beim Paasche der Leiche Spuren von Gewalttätigkeiten, anscheinend Kolben schlägen, festgestellt hätten. Als die Leiche nach 48 Stunden dem Gewaschen wurde, wurden Leinwandtücher bemerkt, die die Gutsarbeiter der Einwirkung des in der Zwischenzeit niedergegangenen Gewitters zugeschrieben. Am Todestage hat Frau Lars an dem Oberkörper außer dem Ausschlag keine Verletzung wahrgenommen. Der Gerichtsarzt stellte fest, daß der Körper außer dem Ein- und Ausschlag sonstige Verletzungen nicht aufwies.

Weiter wird als unzutreffend erklärt, daß Paasche durch anonyme Anzeigen und fortwährende Drohungen gewarnt war oder daß der Richter Paasche mehrmals von bewaffneten Zivilisten durch Drohungen nach Paasche gefragt worden ist.

Beweise oder auch nur Vermutungen dafür, daß die Soldaten gegen Paasche „Halt gemacht“ worden wären und auf Boreingenommenheit gegen Paasche in Hebereiung geschossen hätten, hat die Untersuchung nicht ergeben.

Zur Zeit der Kappade hat Paasche zu seiner Hausdame Frau Lars als sie von der früheren Untersuchungsinstanz Paasches sprachen, gesagt:

nach einmal lasse er sich nicht festsetzen, dann laufe er lieber und wenn er erschossen werde.

Als Paasche der Soldaten ansichtig wurde, mochte er annehmen, er solle vom Militär verhaftet werden und solle noch einmal in die Untersuchungshaft, die ihn seelisch arg mitgenommen hatte. Diese Furcht vor der Verhaftung ließ bei ihm die vernünftige Einsicht, daß die Flucht am hellen Tage einem halbnackten und deshalb auffälligen Manne schwerlich gelingen werde, nicht aufkommen.

Der Bericht sagt Paasche noch, daß er krankhaft veranlagt war, was in dem seinerzeitigen Verfahren gegen ihn festgelegt worden sei. Er sei unter dem Einfluß jener Veranlagung und seiner täglichen Umgang, und weiteren Freundschaften zu einem Verächter aller Rechts geworden, habe Wilddeberei gewohnheitsmäßig betrieben. Als Frau Lars, zur Vormünderin seiner Kinder eingesetzt, die ihm durch Freundschaft engverbunden war, von dem Tode Paasches Mitteilung gemacht wurde, habe sie unermittelt gesagt: „daß er früher oder später ein solches Ende nehmen würde, habe ich mir immer gedacht“, und später: „er hat fünf Personen auf dem Gewissen“.

Schließlich wird erklärt:

Es hat Vorkommnisse vermieden werden wäre, wenn der Regierungskommissar die Durchführung der von ihm angeordneten Durchsuchung den vollgestellten Organen übertragen und militärische Hilfe nur zur Unterstützung dieser Organe nachgesucht hätte, wie es § 8 der Verordnung vom 11. April 1920 vorseht, läßt sich nicht beurteilen. Zu berücksichtigen war, daß Paasche in der Umgebung starken Anhang hat, daß Waffen in fast jedem Hause vorhanden sein sollen, und daß die Anwesenden wenn sie von Paasche um Hilfe angehten worden wären, vielleicht sogar aus eigenem Antriebe sich sicher nicht geäußert haben würden, von den Waffen gegen eine kleine Anzahl von Polizeibeamten Gebrauch zu machen.

Weiterer Bericht werde ich nach dem Abschluß der Ermittlungen vorlegen.

Wir können nicht finden, daß dieser Bericht durch die Kennzeichnung des toten Paasche an Objektivität gewinnt. Die Bemerkungen am Schluß sind auch mehr geeignet, die Erschießung zu

Heute Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen.

Groß-Berlin

Sichert Euch Euer Gemeindevahlrecht!

An die Gemeindevähler aller Gemeinden von Groß-Berlin richten wir nochmals die dringende Mahnung, für die in der erweiterten neuen Stadtgemeinde Berlin am 20. Juni zu vollziehenden Gemeindevahlen (d. h. Stadtverordnetenwahlen und Bezirksverordnetenwahlen) sich durch rechtzeitige Prüfung der Wählerlisten das Wahlrecht zu sichern.

Die Auslegungsdauer ist diesmal sehr kurz, weil die Gemeindevahlen überraschend früh angesetzt worden sind. Aus Charlottenburg erfahren wir, daß die Auslegungsdauer um zwei Tage verlängert worden ist und die Listen dort noch bis 5. Juni, abends 7 Uhr, ausliegen.

Religion und Sozialdemokratie!

Unsere Gegner behaupten, die Sozialdemokratie wolle die Religion abschaffen. Das ist un wahr! Wahr ist, daß die Sozialdemokratie jede religiöse Uebersetzung ablehnt.

Religion muß reine Herzenssache sein! Wenn die Verfassung der deutschen Republik sagt: „Es besteht keine Staatskirche mehr“, so bedeutet das, daß kirchliche Handlungen nicht mehr staatsbürgerliche Pflichten sein sollen, auch nicht irgendwelche Vorrechte in sich schließen.

Wohl aber hat jedermann das Recht zu Religionsübungen. Die Verfassung bestimmt dazu ausdrücklich: „Die ungehinderte Religionsübung wird durch die Verfassung gewährleistet und steht unter dem staatlichen Schutz!“

Religion und Sozialismus sind keine Gegensätze! Darum laßt Euch nicht irremachen — — — Wählt die Partei der Gewissensfreiheit, der Gerechtigkeit, der Menschenliebe! Wählt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (S. P. D.)!

- Der richtige sozialdemokratische Stimmzettel (S. P. D.) beginnt mit folgenden Namen: 1. Im Wahlkreis Stadt Berlin: Heimann — Klara Vohm-Schuch — Fischer. 2. Im Wahlkreis Leltow — Weeslow — Storlow — Charlottenburg — Reußlin: Bernstein — Etfriede Hymek — Krüger. 3. Im Wahlkreis Niederbarnim: Wissell — Marie Juchacz — Sidow.

Die Entscheidung naht!

Genossinnen und Genossen! Rüttelt die Säulen auf, bringt sie in unsere Versammlungen, es gilt einen letzten Appell zu richten an die Wählerschaft Groß-Berlins!

Heute, Donnerstag:

Öffentl. Wählerversammlungen der S. P. D.

- Berlin: 7 Uhr, Aula, Orfanthalstr. 5. Referent: Genosse Dr. Bendiner. Charlottenburg: 7 Uhr, 18. Gem.-Schule, Rehringstr. 10, und 10. Gem.-Schule, Goethestr. 22. Alt-Blonitz/Galtenberg: 8 Uhr bei Bohm, Grünauer Straße. Referent: Genosse Eduard Bernstein und Genossin Frau Gertrud Hanna. Grünau: 7 1/2 Uhr bei Buchholz, Friedrichstraße. Referent: Genosse Vermuth. Stralau: 7 1/2 Uhr bei Schoner, Menaststraße. Referent: Genosse Rudolf Wissell. Dahlem: 7 1/2 Uhr bei Schilling, Königin-Luise-Straße. Referent: Genosse Dr. Holz. Hirschgarten: 7 1/2 Uhr, Conrads Resthäle, Friedrichstraße. Referent: Genosse Legationsrat Dr. Bechtin. Karow: 7 1/2 Uhr, im Lindenpark, Dorfstr. 41. Referent: Genossin Marie Juchacz. Tegel: 7 1/2 Uhr, Restaurant „Bellevue“. Referent: Genosse Dr. Restleppke. Gremesdorf: 7 1/2 Uhr, Restaurant „Bellevue“. Referent: Genosse Erich Kuttner. Borsigwalde: 7 1/2 Uhr bei Schulz, Oranienburger Str. 88. Referent: Genosse Theodor Kabecky. Spandorf: 7 1/2 Uhr bei Schulz, Dorfplatz. Referent: Genosse Louis Brunner. Wilmersdorf: 7 Uhr, „Aurfürstienpark“, Aurfürstendamm, Ecke Kronprinzendam. Referent: Reichsminister des Reichern Dr. Köster. 8 Uhr, Cecilienstraße am Nikolaiplatz. Referent: Reichswirtschaftsminister Rob. Schmidt.

Achtung, 20—25 jährige Wähler!

Um 8 Uhr spricht Genosse Arthur Zidler im „Gesellschaftshaus“, Hadericher Markt, Rosenhäger Str. 38, über: „Jugend und Sozialismus“.

Morgen, 4. Juni, abends 7 Uhr:

- Lagerhäuser Brauerei, Turm, Ecke Stromstraße, Bharus-Säle, Müllerstr. 142, Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Königsdamm, Gr. Frankfurter Str. 117, Andreas-Resthäle, Andreasstr. 20, Adolphstadt-Casino, Holzmarktstr. 72, Blüthner-Saal, Löhstr. 76, Aula, Schußfleher Str. 7, Aula, Schönhauser Allee 166a.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Reaktion oder Demokratie!

Referenten: Dittmer, Richard Fischer, Groger, Vohm-Schuch, Selig, Heimann, Gehlholtz, Hoppe, Niedger, Ritter, Schlegel, Rob. Schmidt.

Wähler und Wählerinnen! Erscheint in Massen Rüstet zur Schlacht am Sonntag, damit aus ihr als Sieger hervorgehen

die sozialdemokratischen Listen Heimann / Bernstein / Wissell.

Grauenhafte Aufklärung eines Leichenfundes.

Aus dem Landwehrkanal wurde am 28. Februar v. J. der Rumpf eines Mannes gelandet. Kopf und Arme fehlten und wurden auch nicht gefunden. Alle Bemühungen zur Feststellung der Persönlichkeit des Toten und zur Aufklärung des Verbrechens, das nach dem Funde zweifellos vorlag, blieben zunächst ohne Erfolg.

Zu dieser grauenhaften Mordaffäre erfahren wir noch folgendes: Nach der Aussage der Wattenmörderin soll die Ehe keine allzu glückliche gewesen sei. Proke äußerte des Öfteren, Dr. Heimberger würde es schon noch einmal büßen müssen, daß er sie so schlecht behandle. Aller Wahrheitsliebe nach hat Proke schon einmal im Tiergarten einen Mordüberfall auf den Ermordeten unternommen, der ebenso wie ein am 9. November geplanter fehlgeschlug. Einen Monat später wurde dann das Verbrechen in der Urbanstraße ausgeführt.

Proke, der sich angeblich das Leben genommen haben soll, wird eifrig gesucht. Er ist etwa 1,70 Meter groß, hat blondes Haar, das er abwechselnd gefeilt und hochgestülpt trägt, ein etwas breites Gesicht und trägt abwechselnd Zivil- und Militärkleidung. Ein besonderes Kennzeichen ist eine Schußwunde in der linken Ohr.

Heute findet die Juristische Sprechstube nur von 2 bis 4 Uhr, nicht von 3 bis 6 Uhr, statt.

Eine Erholungsstätte für Berlin-Süd.

Die Freigabe der Schießstände in der Hasenheide fordern die Bewohner der angrenzenden Städtchen. Mit Ungeduld warten sie darauf, daß diese Anlage in eine jedem ohne weiteres zugängliche Erholungsstätte umgewandelt wird. Als vor mehreren Wochen der die Schießstände hegen das Tempelhofer Feld angrenzende Plantengau auf mehrere hundert Meter Ausdehnung gestohlen worden war, ergab sich sehr bald durch die Läden ein Strom von erfreuten Besuchern. Da zeigte es sich, wie sehr die Freigabe der Schießstände einem Bedürfnis entspräche! Daß die Sicherheitspolizei die fehlenden Pflanzen schnellst durch Stachelbrannt erlegte und die Läden wieder schloß, machte viel böses Blut. Leider liegen aber die Verhältnisse noch nicht so, daß schon jetzt das Gelände völlig freigegeben werden könnte. Eine Anzahl Schießstände war geduldet, aber er wünschte oft, er könnte dieser Menschen loswerden, diesen Schwärmer in der Nähe von Seltanraa. Brede war verpflichtet, die Telegraphenlinie in Ordnung zu halten, da er ja regelrecht dazu angesetzt war.

Jetzt geschah es auch recht oft, daß er in Seltanraa einkehrte und meinte, er habe den Schatz gefunden. Er nickte dann und sagte: „Ich sag jetzt nichts mehr, aber ich hab etwas ganz Besonderes gefunden, das leugne ich nicht.“ Er verschwendete seine Zeit und seine Kräfte um nichts und wieder nichts. Wenn er dann müde in sein Haus zurückkehrte, warf er einen Keinen mit Besteinsproben gefüllten Sack auf den Boden, pustete und schnaufte nach seinem Tagewerk und meinte, niemand arbeite so hart für seinen Unterhalt wie er. Er haute etwas Kartoffeln auf saurem Moorboden, mähte die Grasplätze ab, die von selbst um sein Haus her wuchsen, das war sein Feldgeschäft. Er war in ein faibles Fahrwasser geraten, es mußte ein schlimmes Ende mit ihm nehmen. Jetzt war schon sein Dorfsack zerlegt und die Röhrentreppe von der Dacktraufe verkauft, ein kleiner Schleifstein lag umgestürzt am Boden und das Fuhrwerk stand ewig unter freiem Himmel.

Brede hatte es insofern gut, als er sich über solche Kleinigkeiten durchaus nicht abgränzte. Wenn die Kinder den Schleifstein beim Spielen umherrollten, war der Vater sehr gutmütig und lieb, ja, er half bisweilen selbst beim Rollen. Eine leichte und faule Natur ohne Ernst, aber auch ohne Sauerlebigkeit, ein schwacher Charakter ohne Verantwortlichkeitsgefühl, aber er fand Auswege, sich den Lebensunterhalt zu verschaffen, wie er auch sein mochte; so lebte er mit den Seinen von der Hand in den Mund, sie lebten alle miteinander. Aber natürlich konnte der Kaufmann Brede und seine Familie nicht in alle Ewigkeit am Leben erhalten, das hatte er schon oft gesagt, und jetzt sagte er es in strengem Ton. Brede sah das selbst ein und versprach, nun werde er die Sache in Ordnung bringen; er wolle sein Grundstück verkaufen, vielleicht verdiene er gut dabei, und dann werde er den Kaufmann bezahlen. (Fortf. folgt.)

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Geißler setzte sich wieder, blätterte in einigen Papieren und dachte eifrig nach. Es war, als habe er Blut geleckt und wolle nun nachsehen, wie es sich mit dem Kupferberg verhielt, mit dem Kontrakt, der Analyse: es war ja fast reines Kupfer, Schwarzkupfer da, er mußte etwas damit anfangen, durfte nicht wieder zusammenklappen.

„Der Grund, warum ich eigentlich gekommen bin, ist, dies hier in Ordnung zu bringen,“ sagte er zu Isak. „Ich habe die Absicht, recht viele Leute hierher zu ziehen und droben in den Felsen einen großen Betrieb einzurichten. Was denkst du dazu?“

Isak tat er wieder leid, deshalb widersprach er nicht. „Das ist nicht gleichgültig für dich,“ fuhr Geißler fort. „Es kommen dann viele Menschen hierher, und es gibt viel Untrieb und Lärm und Sprengungen, ich weiß nicht, wie dir das gefallen wird. Aber andererseits kommt Leben und Bewegung in den Bezirk und du wirst großen Absatz für die Erzeugnisse dieser Milchwirtschaft bekommen. Du kannst dafür verlangen, was du willst.“

„Ja,“ sagte Isak. „Gar nicht davon zu reden, daß du von dem, was aus dem Berg gewonnen wird, hohe Prozente erhältst. Das wird viel Geld, Isak.“

Isak antwortete: „Ich hab schon zu viel von Euch bekommen.“ Am nächsten Morgen verließ Geißler den Hof und wanderte in östlicher Richtung weiter, Schweden zu. Als Isak ankam, um zu begreifen, sagte er kurz: „Rein, ich danke.“ Es tat Isak fast weh, als er ihn so arm und allein fortgehen sah. Jünger hatte ihm einen prächtigen Vorrat mitgegeben, sie hatte sogar Waffeln für ihn gebacken, aber sie waren bei weitem nicht gut genug, er hätte auch noch Sahne in einer Flasche und eine Menge Eier mitnehmen sollen; das schlug er ihr jedoch rundweg ab. Jünger war recht enttäuscht darüber.

Geißler wurde es gewiß schwer, Seltanraa zu verlassen, ohne für seinen Aufenthalt zu bezahlen, wie er es gewohnt war. Er tat deshalb, als habe er bezahlt, als habe er wirklich einen größeren Geldbetrag hingelegt, denn er sagte zu der

kleinen Leopoldine: „Und nun sollst du auch noch etwas haben. Hier nimm!“ Damit gab er ihr seine Tabakdose, die silberne Dose! — „Du kannst sie auswaschen und Nadeln drin aufstecken. Uebrigens paßt sie nicht gut dazu, wenn ich nur geschwind nach Hause könnte, dann solltest du etwas anderes bekommen, ich habe ja verschiedenes.“

Aber die Wasserleitung lag ja nach Geißlers Besuch noch da, sie lag da und schaffte Tag und Nacht, Woche um Woche, sie machte die Felder grün, half den Kartoffeln zum Verblühen, half dem Korn in den Halm zu schieben.

Die Ansiedler von weiter unten kamen einer nach dem andern herauf, um sich das Wunderwerk anzusehen. Auch Axel Ström kam, der Meister von Maaneland, der umherirretet war und niemand Eigenes zur Hilfe hatte, aber doch alles bei sich besorgte. Er war heute ausgeräumter und sagte, es sei ihm nun ein Mädchen zu Hilfe für den Sommer versprochen worden, nun sei dieser Kummer gestillt! Er nannte den Namen des Mädchens nicht, und Isak fragte nicht danach; aber es war Bredes Barbri, die man ihm versprochen hatte, es sollte ihn nur ein Telegramm nach Bergen kosten. Na, und Axel legte ja das Geld für dieses Telegramm aus, obgleich er gewiß ein äußerst sparsamer Mann, ja geradezu etwas geizig war.

Die Wasserleitung war's, die Axel an diesem Tag herausgelockt hatte, er sah sie sich von dem einen Ende bis zum andern an und interessierte sich ungedeuer dafür. Auf seinem Grundstück war zwar kein größerer Fluß, aber doch ein Bach, auch hatte er keine Bretter zu Rinnen, aber er wollte den ganzen Wasserlauf in die Erde graben, das ließ sich auch machen. Es sehe auch auf dem unteren Teil seines Grundstücks nicht so schlimm aus, wenn aber die Trockenheit anhalte, müsse er auch bewässern. — Als er das gesehen hatte, was er zu sehen gekommen war, wollte er wieder gehen. Isak und seine Frau luden ihn ein, hereinzukommen, aber er jagte, er habe keine Zeit, er wolle an diesem Abend noch mit dem Graben anfangen; dann ging er.

Das war ein anderer Mann als Brede! O, jetzt hatte Brede Grund, über die Moore zu laufen, um über die Wasserleitung und das Wunderwerk auf Seltanraa zu schreiben! „Na, es ist nicht gut, wenn man zu fleißig auf seinem Grundstück ist,“ sagte er. „Jetzt hat der Isak so viele Gräben zum Austrocknen gezogen, daß er wahrhaftig wieder wässern muß.“

stände müssen noch von Reichswehrtruppen und von der Sicherheitspolizei zu Schließungen benutzt werden. Man sollte aber die Schließungen möglichst bald von dem Gelände abtrennen und dann alles übrige der erholungssuchenden Bevölkerung uneingeschränkt überlassen.

Schon jetzt ist der Besuch des ganzen Geländes erlaubt gegen besondere Zulasskarten, die in der Franzer-Kaserne ausgegeben werden. Die in einer Zuschrift an uns gedruckte Ansicht, daß nur eine kleine Zahl von bevorzugten Personen aus der wohlhabenderen Bevölkerung dort Zutritt erhält, ist irrig. Die Kartengebühr beträgt pro Person für ein ganzes Jahr 50 Pf., so daß es auch Minderbemittelten möglich wird, diese Einrichtung zu benutzen. Bei einem Besuch des Geländes haben wir uns überzeugt, daß vorwiegend Familien aus der Arbeiterbevölkerung dort ihre Erholung finden. Auch das ist nicht zutreffend, daß die Zahl der ausgegebenen Karten auf 500 beschränkt sei. Für dieses Jahr sind bereits rund 4000 Karten ausgegeben worden. Daß der Zutritt gebührenfrei sein muß, versteht sich von selbst. Vor der billigen Freigabe der nicht mehr für Schließungen erforderlichen Geländeteile müßten freilich erhebliche Änderungen vorgenommen werden. Die schmalen Gassen und Gänge zwischen den Wäldern würden willkommene Schutzwinkel für lästige Besucher abgeben, deren Kehlen keiner anständigen Arbeiterfamilie erwünscht sein könnte. Bei der Unübersichtlichkeit eines solchen Geländes hält selbst jetzt manche Familie es für bedenklich, Kinder unbewacht dort spielen zu lassen.

Geschäftsnachrichten. Der neue Angestelltenrat für das Berliner Buchdrucker- und Buchbindergewerbe ist für die Aufnahme in die Gruppe B des Reichsweises qualifizierter Beamten durch Ablegung einer Geschäftsnachrichtsprüfung vor. Der Verein Berliner Buchdruckerbesitzer hat, um die Ablegung dieser Prüfung zu erleichtern, ein stenographisches Prüfungssamt unter dem Vorsitz des Syndikus Dr. Schötmmer eingerichtet. Die Prüfung muß schriftlich, gegebenenfalls unter Einwirkung von Schulzeugnissen bei dem Verein Berliner Buchdruckerbesitzer, Berlin SW. 46, Friedrichstraße 230 I, erfolgen. Zugelassen sind Personen, die mindestens 16 Jahre alt sind und eine ausreichende Volk- oder sonstige höhere Schulbildung nachweisen können.

Zur Deduktion der Kosten ist nach der Zulassung, jedoch vor der Prüfung, eine Gebühr von 10 M. zu entrichten. Die nächsten Prüfungen finden am Donnerstag, den 10. Juni, nachm. 5 Uhr, und Montag, den 5. Juli, nachm. 5 Uhr, in der Geschäftsstelle Friedrichstr. 230 I, statt.

Mehr Aufmerksamkeit bei Schulfestungen. Von durchaus zuverlässiger Seite wurden vor wiederholte darauf hingewiesen, daß in den Schulen das Essen, das von den Schülern für die Schulfest bestimmt ist, überaus mangelhaft zubereitet wird; so bleiben die Speisen in vielen Fällen halbroh, Schokoladensuppe wurde bitter, Wonnensuppe sehr verabscheut, so daß sich die Kinder wiederholt weigerten, die Speisen anzunehmen. Man sollte das Wiederholte der Küchler doch mit etwas mehr Aufmerksamkeit auf deutscher Seite aufnehmen, um nicht unnötige Verwüstung zu schaffen.

Widmungs- und Begrüßungstelegramme sowie Telegramme in nicht dringenden Familienangelegenheiten sind von jetzt an wieder zugelassen.

Obstkerne gehören nicht auf die Straße. In der Charlottenstraße gibt gerade die Tochter eines armen Förstners auf dem Bürgersteig über einen Kirschbaum aus und jagt sich einen komplizierten Weinbruch zu. Man hat sich angesichts dieses ersten diesjährigen Falles nur vor Augen zu halten, wie schwer es vielen Leuten werden muß, unter den ohwaltenden schwierigen Verhältnissen teure Obst- und Obstbaumkosten aufzubringen. Wer heute auf den Straßen mit offenen Augen Zeuge der Rücksichtslosigkeit ist, wie der die Mehrzahl der Postkassen Obstgerichte, der möchte wirklich für kurze Zeit das amerikanische Regent angewandt sehen, nach dem jeder Bürger, der Obstkerne auf die Straße wirft, dem nächsten Richter zur Bestrafung zugeführt werden muß.

Das nächste Städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Richard Hegel, findet am Freitag, 8. Juni, in der Philharmonie, Bernauer Straße 22/23, statt. Der Vorverkauf findet statt in der Zentralstelle für Volkskonzerte, Runglerstraße 61, in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer 15, im Bürgergeschäft von Hork und in dem betreffenden Konzertsaal. Die im Vorverkauf nicht untergeschriebenen Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 1 M. Kasseneröffnung 7 Uhr.

Ein Robert mit 531 M. Sammelgeldern für politische Gefangene Montag abend im Schulthei, Dafenstraße, Regeldamm oder Garten, v. Lorenz. Abgegeben bei Schneider, Berlin, Diefenbachstr. 58.

Ein W. Wagner und R. Elst-Abend findet heute, Donnerstag, in der Hochbrauerei „Zum Tagelohrer“, Hildesheimer 2, unter Leitung des Kapellmeisters Karl Siegel mit dem Gläubner-Orchester statt.

Lichterfeste, Wahlhilfe. Alle nicht eingestellten Helfer werden sich am Montag um 8 Uhr vormittags im Zentralwahlbureau bei Schnabel, Alter Dorsprung, Hindenburgdamm (an der Paulusstraße), Wahlarbeit ist Pflicht für jedes Mitglied.

Neuaufl. Genoss Reichskanzler Hermann Müller spricht morgen abend 7 Uhr in einer in der Neuen Welt stattfindenden öffentlichen Wählerversammlung der S. V. D. über das Thema: „Die Sozialdemokratie und der neue Reichstag“.

— **Volkshochschule.** Der Vortrag des Dozenten Dr. Foth (Reihe 17 Vertriebsstages), welcher ausfallen sollte, findet nunmehr am Freitag, den 4. Juni d. J., in der Aula der Oberrealschule, Emser Str. 131, abends 8 bis 10 Uhr statt.

Abend, Am Tage der Wahl unterhält der Arbeiter-Samariterbund eine vollständige Woche im Lokal von Stippeloh, Schönfelder Str. 5. Allen Kriegsverletzten, Kranken und schwangeren Frauen, die nicht allein zum Wahllokal gehen können, stellt die Kolonne Samariter und Samariterinnen, welche oben genannten Personen zum Wahllokal begleiten, zur Verfügung. Es wird dringend ersucht, sich schon jetzt beim Vorstehenden Fritz Wolff, Niemölingstr. 14, zu melden. Alle Hilfsleistungen führt die Kolonne unentgeltlich aus.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonnabend, 5. Juni, abends 1/2 8 Uhr, im obengenannten Lokal eine Mitgliederversammlung stattfindet.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Die Wägen 23 a — o der Berliner Kartoffelkarte verlieren heute ihre Gültigkeit. Wer bis zu diesem Tage die Kartoffeln nicht ent-

nommen hat, erhält auf die Wägen 23 keine Kartoffeln. Auf die Wägen 23 a — o entfallen 5 Pfund Kartoffeln.

Steglich. Vom 3. bis 5. d. M. finden folgende Verteilungen statt: 500 Gramm Kornmelde (30), 200 Gramm Weisbacken (27), 250 Gramm Graupen (28 und 29).

Buchholz. 250 Gramm Zuckerrübensaft (19). Die Geschäftszeit der Gemeindefunktionäre ist bis auf weiteres von 8—1 Uhr vorm. und von 4—7 Uhr nachmittags.

Parteinachrichten.

In großer Not befinden sich die Hochwassergefährdeten im Mannsfelder Lande. Innerhalb ist der Verlust an Obst und Gut, den sie erlitten haben. Unsere Mannsfelder Genossen richten die dringende Bitte an alle Ortsgruppen, sofort Sammlungen zu veranstalten und die Beiträge an den Genossen Oskar Schreiber, Eisenbahn, Hinter Siebenhufe 80 I, einzusenden. — Der Vorstand der alten sozialdemokratischen Partei für die Mannsfelder Kreise, Alfred Strauß, Vorsitzender, Eisenbahn, Leuschnerstr. 5.

Soziales.

Kerze und Krankenkassen.

Am 31. Mai und 1. Juni haben im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Herrn Unterstaatssekretärs Dr. Caspar und unter Mitwirkung der Ministerialräte Dr. Homel und Dr. Eißler die Einigungsverhandlungen zwischen den Kerzen- und Krankenkassen stattgefunden. Sie haben in der Frage des Arbeitssystems zu einer Verständigung der Parteien geführt, die eine wesentliche Annäherung an die Durchführung der freien Arbeitwahl bedeutet. Ebenso wurde ein Einverständnis über die Schaffung von sozialhygienischen Einrichtungen durch Krankenkassen erzielt.

Ueber die Frage der ärztlichen Vergütung mußte mangelnder Einigung der Parteien ein Schiedsspruch der Unparteiischen gefällt werden. Dieser sieht bei Bezahlung nach einzelnen Leistungen eine Verdoppelung der bisherigen Sätze vor, die auch der Bemessung der Rauschabgeltung zugrunde gelegt werden soll. Ueber die Annahme des Schiedsspruches haben sich die Parteien bis zum 15. Juni zu erklären.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 3. Juni:

- 2. Abt. 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3, Mitgliederversammlung. Wahlhilfe aus anderen Abteilungen erwünscht.
- 11. Abt. Ab 4 Uhr: Flugblattverteilung, Geisler, Stallstr. 59. Ab 8 Uhr im selben Lokal: Besprechung der Mitglieder über die Wahlarbeit am 6. Juni.
- 12. Abt. 5 Uhr: Flugblattverteilung in den bekannten Lokalen. Abends 8 Uhr: Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Krause, Mariannenplatz 22.
- 14. Abt. 5 Uhr: Flugblattverteilung bei Koble, Renselstraße 1, Ecke Ankerstraße, und bei Krüger, Engelauer 18.
- 20. Abt. 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Kohnsdorf, Petersburger Straße 56.
- 21. Abt. Die Genossen treffen sich um 7 Uhr in ihren Bezirkslokalen zwecks Vornahme der Wahlarbeiten.
- 22. Abt. Flugblattverteilung und Extrazugabende in folgenden Lokalen: Köhler, Landberger Allee 158, Hildesheimer 42, Lubtha, Nollhofenstr. 1, Gohlke, Friedrichsberger Str. 22.
- 26. Abt. 7 1/2 Uhr: Sitzung der Vertrauensleute, Betriebsvertrauensleute und Wahlhelfer bei Reise, Nollhofenstr. 5, Ecke Lindenstraße. Mitgliedsbuch mitbringen.
- 30. Abt. Ab 4 Uhr Flugblattverteilung von Lokal German, Stahlheimstraße 30, um 8 Uhr in demselben Lokal Sitzung der Vertrauensleute.
- 32. Abt. 7 1/2 Uhr: Sitzung sämtlicher Betriebsvertrauensleute, Vertrauensführer und Wahlhelfer im Königsplatz-Kasino (früher Heubek), Schönhauser Allee 65.
- 40. Abt. 7 Uhr: Funktionärsitzung bei Schmidt, Bielestr. 17.
- 46. Abt. 8 Uhr: Sitzung der Vertrauensleute und Betriebsvertrauensleute der Wargahn, Ulmerstr. 19.
- 47. Abt. Nach der Flugblattverteilung: Sitzung der Funktionäre und Wahlhelfer bei Senfel, Ulmerstr. 10.
- Charlottenburg. 7 Uhr im Volkshaus, Rosenstr. 4, außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die Stadtverordneten für Bezirksstellen. Ausstellung der Kandidaten. Nur Mitgliedsbuch legitimiert. — 7 Uhr Extrazugabende. 18. Gruppe im Lokal Stein, Ballauer Str. 35. — Der 13. Gruppe in der Aula der 14. Volkshaus, Veltalstraße 40. — Gemeindefunktionäre, Beamten, Angestellten und Annahmehelfer. 7 1/2 Uhr bei Kant, Hordweg 25: Sitzung sämtlicher Vertrauensleute.
- Friedenau. 6 Uhr: Flugblattverteilung. Treffpunkt: Restaurant Köhn, Fehrbellinstraße 3.
- Nieder-Schönhausen. 7 1/2 Uhr Versammlung aller Genossen, die am Wahltag teilnehmen wollen, Rest. Wilhelmshof, Kaiser-Wilhelm-Straße.
- Ober-Schönhausen. 7 1/2 Uhr: Extrazugabende. 1. Bezirk bei Gabel, Woll. Ecke Helmholzstraße. — 2. Bezirk bei Reumann, Siemens, Ecke Teufelsstraße. — 3. und 4. Bezirk im „Luisenpark“, Rulien, Ecke Marienstraße.

Morgen, 4. Juni:

- 27. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung der Funktionäre und Betriebsvertrauensleute bei Dobrobin, Emsenwälder Str. 11.
- Verbeauschuh der S. V. D. der Gemeindebeamten pp. Groß-Berlin: 7 Uhr im Rumböcker Bierhaus, Dorotheenstr. 22, wichtige Sitzung des Vorstandes und der Bezirksführer. Die Wahlflugblätter sind von den Bezirksführern im Sekretariat, An demselben 23, Zimmer 10, abzuholen und sofort zu verteilen.
- Charlottenburg. 7 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 4: Öffentliche Volksversammlung. Referenten: Gen. Reizjeps und Hedwig Wachenheim. Tagesordnung: In letzter Stunde und Die Frauen vor der Entscheidung.
- Schöneberg. 7 1/2 Uhr 3 öffentliche Wählerversammlungen. Chemisches, Barbarossaplatz, Richterstraße, Kolonnenstraße und Rathaus Friedenau. Referenten: Gen. Hanna Krüger und Bernke.
- Friedenau. 7 1/2 Uhr: Öffentliche Wählerversammlung im Bürgeraal des Rathauses. Referent: Genosse Franz Krüger.
- Reinickendorf. 7 Uhr öffentliche Wählerversammlung in der „Neuen Welt“, Galenbeide. Thema: Die Sozialdemokratie und der neue Reichstag. Referenten: Reichskanzler Müller, Clara Wobm-Schuch.
- Nieder-Schönhausen. 7 1/2 Uhr große öffentliche Wählerversammlung Restaurant Schloß Schönhausen.
- Reinickendorf. Ch. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung bei Ramlow, am Kolumbuswäldchen in Schönholz. Referent: Genosse Ulrich Rauscher. Alle Parteianhänger pünktlich zur letzten Versammlung erscheinen!
- Johannisthal. 8 Uhr öffentliche Wählerversammlung bei Entenried, Friedrichstr. 48. Referent: Vorwärtsredakteur Karl Wermuth: Ein letztes Wort an die Wähler.
- Göhen-Reinickendorf. 8 Uhr bei Karten, Berliner Str. 91, öffentliche Wählerversammlung. Referent: Genosse Vorhöl-Berlin. Genossen, agitiert für zahlreichen Besuch.

Berlin. 1/2 8 Uhr im Elythum, Öffentliche Volksversammlung. Tagesordnung: Die kommenden Reichstagswahlen. Referent: Genosse Dr. Hülshof. Berlin. Männer und Frauen, erscheint in Massen.

Jugendveranstaltungen.

Heute 1/2 8 Uhr:

- Zentral-Jugendheim, Lindenstraße 2: Mitgliederversammlung — Marienfelde, Schule, Dorstr. 54: Mitgliederversammlung — Nieder-Schönhausen, Gemeindefunktionäre, Berliner Str. 31. Vortrag: Die Gewerkschaftsbewegung. — Oden-Stralauer Viertel, 230. Gemeindefunktionäre, Koglerstr. 3: Mitgliederversammlung — Reinickendorf-West, Eichhornstraße, Eichhornstr. 60: Mitgliederversammlung — Schmaragdort, Breite Straße 36 II: Mitgliederversammlung — Schönhauser Vorstadt II, 222/223. Gemeindefunktionäre, Pankowallee 41/42: Mitgliederversammlung — Steglitz-Friedenau, Lokal Clement, Steglitz, Dippelstr. 7: Mitgliederversammlung. — Süd-West, Außerordentliche Mitgliederversammlung. — Charlottenburg, Morgen, Freitag, 7 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 3, Hof 2 Treppen: Mitgliederversammlung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verein heimattreuer Westpreußen. Bezirksgroßes Oden. Nächste Versammlung Sonnabend, 7 1/2 Uhr, Andreas-Reliefe, Andreasstraße. — Deutsche Friedensgesellschaft. Bund Neues Vaterland. Freitag, 1/2 8 Uhr, Brachstraße des Weltens, Eichenstraße 3. Thema: „Die Arbeiter und der Völkerverbund“. Ref.: Axel Dorry Kehler, „Ruhland oder Amerika? oder Russland und Amerika!“ Ref.: Redakteur Karl Wetzer. Kultur zum Volkserkundung gegen die Rüstungsgerichtsbarkeit. Karten bei Berthelm und Bote u. Bod. 50 Pf.

Aus aller Welt.

Ein Ball auf dem Hartmannsweilerkopf!

Im Elsas herrscht stärkste Entrüstung über die Freivolität französischer Touristen, die einen Pfingstausflug nach dem Hartmannsweilerkopf, jener blutgetränkten Höhe, um deren Besitz mehr als 2000 Franzosen und über 3000 Deutsche ihr Leben haben lassen müssen, dazu benutzten, auf dem Gipfel des Berges ein Tanzvergnügen zu improvisieren. Diese Schandung einer durch soviel Blut geweihten Stätte hat den französischen General Fabianis, der mit seinen Jägern selbst am Hartmannsweilerkopf gefochten und jetzt in Mühlhausen die 27. Infanteriebrigade kommandiert, bemogen, in aller Öffentlichkeit diese Schamlosigkeit, auf der Todesstätte Tausender tapferer Krieger Fortritt zu tanzen, in den schärfsten Ausdrücken zu geißeln.

Schwarze Fäden in Oberschlesien! Im Kreise Oppeln sind mehrere Fälle von schwarzen Fäden festgestellt worden.

Schießereien der Polen. Wie der „Schles. Jg.“ mitgeteilt wird, hat ein deutscher Turnverein in Georgerberg am Sonntag einen Ausflug nach Neu-Geschlau unternommen und war in ein Garienslokal eingeladen. Darauf erschienen Mitglieder eines polnischen Solobereins und fingen mit den deutschen Turnern einen Streit an, in dessen Verlauf von den Polen mehrere Pistolen schüsse abgegeben wurden. Die Turner, besonders auch die in ihrer Gesellschaft befindlichen Damen, wurden auf das Ärgste bedroht. Bei der anschließenden Schlägerei wurde von den Polen abermals geschossen. Bei dem Zusammenstoß wurde ein Mann durch einen Stich in Rücken verletzt, ein anderer erhielt einen Schlag auf den Kopf, ein dritter erlitt einen Rückenstoß.

Sport.

Die Hundert in Treptow. Am Sonntag war bei der Rennbahn Treptow mit einem Kassischen Rennen „Die Hundert“ auf. Die Besetzung ist eine hervorragende zu nennen. Saldow, Weiß, Appelhaus und Pawke werden das Rennen bestreiten. Eine Reihe besserer Fliegerrennen, darunter ein Tandemfahren, Prämiensahren, Vorgefahren, Kofffahren und Entschädigungsfahren, vervollständigen das Programm.

In der Germania. Ehrenpreis und 45000 M. Nagdbrennen, Distanz 5000 Meter, dem Hauptergebnis des heutigen Karlsborcher Renntages, gelten als voranschlägliche Starter: Saoyard 72 (L. v. Weltnerbagen), Kolentz 70 (Ehr) oder Hölterstraße 64 (Ehr), Hölter 67 (Kremer), Kolendaal 65 1/2 (Ruhles), Strich 65 1/2 (Wurh), Dory 64 (Kommach), Penner 64 (Ruh. v. Berchem), Jrelau 64 (Wähle), Kridelreiter 60 1/2 (Reichmann), Blinor 60 (Mahl), Dounding 57 (K), Gerngroß 57 (Göler), Walbrieden 57 (Scholz).

Briefkasten der Redaktion.

Heute findet die Juristische Sprechstunde nur von 2 bis 4 Uhr, nicht von 3 bis 6 Uhr, statt.

Heber für den Briefkasten bestimmten Anfrage über man einen Buchhändler eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Einige Anfragen lassen man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, I. Hof untere links, vor. Schriftsätze und Briefe sind mitzubringen.

- W. P. 68. Sie müssen erscheinen. — R. R. Trüb. 1. Erläutern Sie beim Heeresabwicklungsamt, Berlin, Leipziger Weg 13. 2. An die Gemeindefunktionäre. 3. Unter Umständen ja. — Paul Wahneke. Senden Sie sich an das Zentralwahlbureau, Stralauer Str. 44/45. — R. R. 1. Briefkasten; veruchen Sie es. 2. Verfassungsamt, Berlin, Klosterstraße 3. u. 4. Senden Sie sich an einen Kgl. — R. P. 27. Grundrente, ungefähr 20 Proz. — G. P. 2. Ja. — W. 2. 101. Kommen Sie in unsere Juristische Sprechstunde. — W. R. 1. Drantenstraße Reichsbank. 2. Keine. 3. Ja. — G. P. 17. 1. Nein. 2. Gemeindefunktionäre, vortell. Vortell. — R. 1. 1. Ja. 2. Nein. Die Rede gehört zum Nachh. 4. Stellen Sie Strafantrag. — G. 8. Kommen Sie in unsere Juristische Sprechstunde. — R. 2. 6. 1. Senden Sie sich beschwerdeförmig an den Demobilisationskommissionär, Viktorstr. 24. 2. Nein. — J. 2. 60. 1. Bei der Annull. 2. Ja, vom 23. Juni 1920. 3. Reichsfinanzministerium. — E. 123. An die Krankenkasse. — G. 50. 1. Ja. Ein Kommentar ist noch nicht erschienen. 2. Stellen Sie einen Antrag auf Urlaub bzw. Ermäßigung. — Testament 100. Das können Sie. Ihre Tochter aus der ersten Ehe haben aber Anspruch auf den Pflichtteil. — G. 1920. Nein.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittags. Zunächst größtentends trübe, an der Küste ziemlich warte, im Binnenlande schwächere Regenfälle und langsam weitere Abkühlung, bei frühen nebligen bis nordwestlichen Winden. Später etwas aufhellend.

Muß alles billiger werden?

Alle hoffen es, und wir am meisten. Wie wir unseres Wissens die letzten Druker waren, die im Interesse unserer Kundenschaft die Preisdrucke, besonders für Gläser, erhöhten, so wollen wir die ersten sein, die billiger werden. Deshalb geben wir jetzt auf alle Einkäufe und Reparaturen zehn Prozent Rabatt. Noch waren wir nicht in der Lage, billiger einzukaufen, aber wir wollen doch dem berechtigten Verlangen des Publikums nach billigeren Preisen nachkommen und einen Teil unseres angemessenen Verlustes opfern. Wir glauben nicht, daß wir diesen Rabatt lange gewähren können, denn neue Rohmaterialien liegen vor der Tür. Machen Sie also von dieser glänzenden Gelegenheit jetzt Gebrauch, ehe wir, durch Preiserhöhungen gezwungen, den Rabatt zurückziehen müssen. Jetzt kostet bei uns ein Kidel-Reisiger ohne Gläser 10,80 M.

und 13,50 M., aus Gold-Doubis 14,40, 18, 27 M. usw., eine Reihe aus Kidel 7,65 M. und 13,50 M., Hornbrillen 87,80 M., einfache Gläser 9 M. pro Paar, Punktort-Reisiger 22,50 M., Sanoltop-Mentolen 31,80 M. Diese Preise sind nur fünf, bis sechsmal so hoch wie im Frieden, obgleich Rohstoffe und Gehälter bedeutend mehr gestiegen sind, und ebenso die Rohmaterialien, besonders das Gold, viel mehr als das Rohstoffe kosten. Nach wie vor gewähren wir unsere dreijährige Rückkauf-Garantie auf Fassungen, außer Horn usw., wodurch Sie keine Kosten mehr für Reparaturen haben. Steigen die Preise noch weiter, was leider zu erwarten ist, so könnte Ihnen später eine Reparatur, die wir Ihnen auf Grund unserer Garantie gratis machen werden, mehr kosten, als Sie heute

für das ganze Augenpaar zahlen. Unsere Kunden, die vor ein bis drei Jahren bei uns kauften, haben diesen Vorteil heute schon. Fast von jedem Punkt Berlins können Sie eines unserer 22 Geschäfte bequem zu Fuß erreichen, ohne teures Fahrgeiß verlangen zu müssen, wie Sie aus unseren beifolgenden Geschäftsadressen ersehen. Optiker Rudke, Berlin O.; Am Alexanderplatz, Am Spittelmarkt; W.; Leipziger Straße 118, Friedrichstr. 105a, Pankstr. 1; O.; Franzfurter Allee 14; S.; Rottbuscher Damm 10; N.; Invalidenstr. 164, Invalidenstr. 117, Gassestr. 72, Schönhauser Allee 81, Friedrichstr. 108; SW.; Belle-Alliance-Str. 4; NW.; Friedrichstr. 150; SO.; Drantenstr. 44; Charlottenburg; Joachimsthaler Straße 2, Langenyerstr. 15; Friedenau; Reinickendorf; 18; Wilmersdorf; Berliner Str. 132/133; Schönberg; Hauptstr. 21; Reinickendorf; Bergstraße 4; Spandau; Breite Str. 18. Sa. 26

wachfertigen, die an einem Nichtverhasteten und Nichtberurteilten infolge Kommunismangels und Mißverständnis vorgenommen wurde. Solche Mißverständnisse sind gewöhnlichsgemäß geworden und haben immer das Ergebnis, daß mißliebige Personen aus der Welt verschwinden. Und das wird nicht besser, solange man die Schuldigen nicht fahndet und exemplarisch bestraft.

Von wem stammte die verhängnisvolle Mitteilung?

In dem von uns gestern veröffentlichten Bericht des Regierungspräsidenten in Schneidemühl über die Ermordung Paasches heißt es einleitend, daß eine „sehr bestimmte gefahle Mitteilung des Polizeipräsidenten von Berlin, Sicherheitspolizei, vom 22. April“ bei den Wehrkommandos 2 und 3 eingelaufen war, wonach auf Paasches Gut „Waffen und Munition für die kommunistische Kampforganisation untergebracht“ seien. Einzelne Blätter berufen nun, den Berliner Polizeipräsidenten, Genossen Richter, mit der Angelegenheit in Verbindung zu bringen. Wie sind in der Lage, auf das Bestimmteste mitzuteilen, daß Genosse Richter und das Berliner Polizeipräsidium nichts mit der Frage zu tun haben, und daß die betreffende Mitteilung über angebliche Waffenvorräte auf Paasches Gut von dieser Stelle aus nicht ergangen war. Eine Untersuchung ist gegenwärtig im Gange, um festzustellen, welche Behörde diese Mitteilung hat ergehen lassen, die den Ursprung des Dramas bildet.

Italienische Protestnote an Frankreich und England.

Die Pythier Beschlüsse nicht anerkannt.

London, 2. Juni. (U.) Die italienische Regierung hat eine scharfe Note an Frankreich und England gerichtet, in der sie Einpruch dagegen erhebt, daß auf der Konferenz von Pythier die gemeinsamen Angelegenheiten der Alliierten ohne ihre Mitwirkung entschieden sind. Nitti erklärt in der Note, Entschuldigungen, bei denen Italien nicht mitgewirkt hat, können auch von ihm nicht anerkannt werden. Wenn eine vorbereitende Besprechung vor der Konferenz von Spa für notwendig gehalten werde, so sei die Mitwirkung Italiens dringend erforderlich.

Lloyd George und Krassin.

Amsterdam, 2. Juni. (U.) „Telegraaf“ meldet aus London: Lloyd George kommt wieder in die Gunst der Radikalen und sogar der Kommunisten, während er sich die Ungnade der Konservativen zuzieht. Der Grund ist, daß Lloyd George die Beziehungen zu Krassin angeknüpft hat. Vorläufig kommt erst die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen in Frage.

Die offizielle „Westminster Gazette“ schreibt: Wir können nicht weiter russische Häfen bombardieren und gleichzeitig Handel mit Rußland treiben. Wir können nicht an einer Grenze eine Offensive unterstützen und an der anderen zugleich Kaufleute sein und Handel mit Rußland führen.

Auch Italien bleibt den Verhandlungen fern.

London, 2. Juni. (U.) Die Ursache, daß Italien nicht an den Verhandlungen mit Krassin teilnimmt, ist darin zu suchen, daß Nitti sich nicht an Konferenzen zu beteiligen wünscht, an denen nicht alle Alliierten teilnehmen.

Osaka, 2. Juni. (U.) Nach einer Londoner Meldung soll im Laufe der Woche eine zweite Zusammenkunft des englischen Kabinetts mit Krassin stattfinden.

Paris, 2. Juni. (U.) Nach einer „Matin“-Meldung aus London soll Krassin die Erlaubnis erhalten haben, in London eine Filiale der russischen Genossenschaften zu eröffnen. Krassin habe bereits in einer großen Londoner Bank ein Depot von einer Million Pfund hinterlegt.

Polen wieder friedlich.

Frankfurt a. M., 2. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Stockholm gemeldet: Die polnische Regierung hat nach hier vorliegenden Meldungen im Parlament am 26. Mai erklärt, sie sei bereit, in Friedensverhandlungen mit Rußland einzutreten, sobald die russische Offensive zum Stillstand gekommen sei. Polen wolle keine anexionistische und imperialistische Politik treiben.

Wie zur russischen Gegenoffensive forderte Polen die Grenzgen von 1772, also auch ungeheure Landstrecken mit wirtsch. Bevölkerung.

Seligers Erklärung.

Im Prager Parlament.

Prag, 2. Juni. (U.) (Nationalversammlung.) Abgeordneter Seliger (Deutsche Sozialdemokratie) gab namens seiner Partei eine Erklärung ab, in welcher er u. a. ausführte: Als die Monarchie zerfiel, haben die Deutschen Sozialdemokraten die Bestreitung der Nationen freudig begrüßt. Wir erkennen das Recht aller slawischen und romanischen Nationen, ihre eigenen nationalen Staaten zu gründen, an und nehmen das gleiche Recht in gleichem Maße für unser Volk in Anspruch. Die siegreichen Entente-Mächte haben durch den Gewaltfrieden auch das deutsche Volk in den Subversivländern der nationalen Fremdherrschaft unterworfen und in den tschechoslowakischen Staat geworfen. In der Stunde, da wir das Parlament der tschechoslowakischen Republik betreten, erklären wir feierlich, daß wir an dem Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes unerschütterlich und unverwundlich festhalten, und daß wir entschlossen sind, auf dem Boden dieses Staates unseren großen geschichtlichen Kampf aufzunehmen. Aufhebung aller nationalen Fremdherrschaft, Beseitigung des bürokratischen Herrschaftssystems, also Konstitutionierung der Nationen als Selbstverwaltungskörperschaften mit dem Rechte der Selbstverwaltung ihrer nationalen Angelegenheiten, national abgegrenzte demokratische Verwaltungsorganisation, das ist das unmittelbare Ziel unseres Kampfes. In dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes fühlen wir uns eins mit dem revolutionären sozialistischen Proletariat ganz Europas.

Wilson politisch erledigt!

Nichtwiederaufstellung durch die Demokraten.

Rotterdam, 2. Juni. Eine Washingtoner Meldung zufolge, haben sich Wilson und der Vorsitzende der Demokratischen Partei dahin geeinigt, daß Wilsons Name dem demokratischen Nationalkonvent zur Besetzung des Präsidentenpostens nicht vorgelegt werden soll.

Der amerikanische Senat lehnte mit 52 gegen 28 Stimmen das von Wilson warm empfohlene Völkerbundsmandat über Armenien ab.

Der Wahlkampf.

Demokraten und Großkapital.

Auf die Angriffe, die die demokratische Presse gegen die Deutsche Volkspartei wegen ihrer Abhängigkeit vom schwerindustriellen Großkapital gerichtet hat, antwortet jetzt deren Organ, die „Nationalliberale Korrespondenz“, mit folgender Anfrage:

Es ist der Demokratischen Parteileitung bekannt, daß sich die Deutsch-Demokratische Partei kurz nach ihrem Entstehen an eine großindustrielle Vereinigung in Berlin, zu deren Vorstand auch führende Männer der Schwerindustrie und Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei gehören, mit der Bitte gewandt hat, den Wahlfonds der Deutsch-Demokratischen Partei zu unterstützen? Ist es der Demokratischen Parteileitung bekannt, daß diese Verhandlungen mit der Groß- und Schwerindustrie von dem preussischen Minister für Handel, Herr Fischel, und dem ehemaligen preussischen Staatsminister Dr. Friedberg geführt worden sind? Ist es der Demokratischen Parteileitung bekannt, daß die Summe, die die Demokratische Partei auf Grund der Zusage ihrer Industriefreundlichkeit erhalten hat, eine siebenstellige Ziffer vorstellt?

Die Demokraten werden also beschuldigt, vor den Wahlen zur Nationalversammlung von einer großkapitalistischen Vereinigung unter Zusage ihrer „Industrie“, will sagen, Kapitalfreundschaft einen Millionenbetrag erbeuten und erhalten zu haben. Stimmt das, so nimmt sich der Lärm der demokratischen Presse über die Kapitalabhängigkeit der Deutschen Volkspartei allerdings etwas seltsam aus. Man könnte fast von Konkurrenzneid sprechen, da die Streikmann-Partei durch ihre viel robustere Vertretung der Kapitalinteressen den Demokraten gegenüber unläuterer Wettbewerb treibt.

Auf alle Fälle muß die Gebetfreudigkeit der Großkapitalisten gegenüber allen bürgerlichen Parteien die Wähler, die nicht zufällig selber Großkapitalisten sind, stutzig machen. Bei keinem bürgerlichen Stimmzettel, den sie in die Hand nehmen, können die Arbeiter, Angestellten und Beamten ganz sicher sein, daß er nicht von einer großkapitalistischen Interessenvertretung bezahlt ist. Schon das muß sie veranlassen, am 6. Juni zum sozialdemokratischen Stimmzettel zu greifen.

Das Gedächtnis des Herrn Hergt.

Bei den nachträglichen Debatten über die Beteiligung der Rechtsparteien am Kapp-Putsch haben die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei sich frampfhaft bemüht, jede vorherige Mitwisserschaft oder Unterstützung des Putsches abzuleugnen. Die Aufrechterhaltung dieser Stellungnahme wurde schon sehr stark erschwert durch die „unvorhergesehenen“ Äußerungen des deutschnationalen Führers Hergt gegenüber dem Genossen Dellmann. Es dürfte aber vielleicht angebracht sein, Herrn Hergt zur Auffrischung seines Gedächtnisses daran zu erinnern, daß er bereits am 2. März, also 10 Tage vor dem Putsch, durch leitende Offiziere der Berliner Sicherheitswehr über die hochverräterischen Absichten des Generals v. Lüttwitz unterrichtet wurde. Herr Hergt hat daraufhin am 8. März gemeinsam mit dem Führer der Deutschen Volkspartei, dem Abgeordneten Heinze, eine Unterredung mit dem General v. Lüttwitz über dessen Putschabsichten gehabt. Die Kenntnis der Herren ist von ihnen nicht dazu benützt worden, um die Regierung zu informieren und zu warnen, sondern sie brachten im Gegenteil den Antrag auf Auflösung der Nationalversammlung und Ausberaubung von Neuwahlen ein, der ja auch zu den Forderungen der Putschisten gehörte. Und die Ablehnung dieses Antrages in der Nationalversammlung bildete dann auch bekanntlich geradezu das Signal für den Putsch.

Vielleicht können sich jetzt Herr Hergt und seine deutschnationalen Freunde besser erinnern?

Religion ist Parteifache.

„Prinzipielles“ aus der U.S.P.

Die Berliner Unabhängigen haben am Montagabend in einer Generalsammlung Stellung zur Stadtverordnetenwahl für Groß-Berlin genommen und dabei einen sehr „prinzipiellen“ Beschluß gefaßt. Sie stellten nämlich als Grundsatz auf, daß keiner ihrer Kandidaten einer — Religionsgemeinschaft angehören dürfe!

Das Erfurter Programm, dem auch die Unabhängigen gefolgt sind, bis sie sich ihr Leipziger Aktionsprogramm gaben, verlangt vom Staat die Erklärung der Religion zur Parteifache. Der Beschluß der Berliner Unabhängigen erklärt die Religionslosigkeit zur Parteifache. Ein wahres Glück für ihn, daß Emanuel Barm, der alte Kommunalpolitiker, gestorben ist. Sonst würde er jetzt sicher von der Liste der Stadtverordnetenkandidaten gestrichen werden. Denn er bekannte sich ebenso muthig, wie seine Fraktionskollegen Haase und Cohn im „Handbuch der Nationalversammlung“ zur jüdischen Religionsgemeinschaft, während Eichhorn, Frau Häbler und selbst Frau Zick als „evangelisch“ firmierten. So alle trifft jetzt der gleiche Panzstrahl. Nur ist nicht recht ersichtlich, ob auch die Zugehörigkeit zur freireligiösen Gemeinde in gleichem Maße unwürdig macht. Dann müßte schließlich selbst Adolf Hoffmann an sein Stadtparlamentarisches Ende glauben.

Das gleiche Mißtrauen, wie gegen die Religionsgemeinschaftler, sprachen die Berliner Unabhängigen auch gegen diejenigen aus, die erst nach der Gründung ihrer Sonderpartei ihnen beigetreten sind. Denn, so heißt es, jeder Kandidat muß seit Gründung der Partei ihr angehört haben. Sie müssen also, mit den mancherlei Leuten, die erst zu den Unabhängigen gingen, nachdem sie mit ihrem Mandat hunger bei den Sozialdemokraten abgehängt waren, sehr trübe Erfahrungen gemacht haben.

Die Empörung in der Türkei.

Konstantinopel, 2. Juni. (Sabas-Reuters.) Die nationalistischen Streitkräfte haben überall Vorteile über die Regierungstruppen erzielt. Einem Gerücht zufolge wird zwischen der Regierung und den Anhängern Remais durch eine Mittelsperson verhandelt.

Amsterdam, 2. Juni. „Times“ meldet aus Konstantinopel, daß die türkische Regierung auf die allgemeine Einheitspolitik der öffentlichen Meinung bezüglich des Friedensvertrages beschloß, den den Forderungen gegen die Nationalisten nicht weiter fortzusetzen. Es ist nicht bekannt, ob ein Abkommen geschlossen wurde, jedenfalls ruhen aber auf beiden Seiten die Waffen.

Der verschwundene Reichstagskandidat.

Wilhelm Herzog in Moskau.

Hamburg, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Hamburger Unabhängigen haben mit ihren Führern kein Glück. Der große Raub in der Bonasenschaft ist gerade zu Ende und die „revolutionären“ Elemente haben die Oberhand behalten, aber schon gibt es eine neue Unannehmlichkeit. Wilhelm Herzog, der einige Zeit die Redaktion des unabhängigen Blattes führte und durch seine vorbildliche Auffassung vom Parlamentarismus es zum Reichstagskandidaten gebracht hat, ist verschwunden.

Die Sache scheint des delikaten Geigeschmacks nicht zu entbehren. Von der Zentralkommission der Unabhängigen war ein Schreiben eingelaufen, worin die Hamburger U.S.P. aufgefordert wird, sich des Herzogs umgehend zu entledigen und ihn als Redakteur abzuschaffen. Das ist geschehen und Herzog hat sich ins Ausland verzogen — ob nach Rußland oder Italien, darüber gehen die Gerüchte hier auseinander. (Wie wir hören, befindet er sich in Moskau.)

Herzogs Nachfolge in Hamburg hat der junge Dr. Kurt Geher aus Leipzig angetreten, der sich in Hamburg und Umgebung in sehr blutrünstigen Wahlreden gefaßt.

Grüne Internationale.

Was können unsere Agrarier und ihre deutschnationalen Agenten sonst den proletarischen und pazifistischen Internationalismus schmäheln! Aber:

Wie der bayerische Bauernführer Dr. Heim in einer Versammlung der Christlichen Volkspartei in Wien mitgeteilt hat, sind Vorbereitungen zur Schaffung einer Grünen Internationale für die gesamte Landwirtschaftswelt mit dem Sitz in Haag in die Wege geleitet. Am 6. August findet in Pöschau eine Versprechung deutscher, österreichischer, ungarischer, bulgarischer und rumänischer Bauernführer statt.

Das ist dann natürlich kein Volksverrat — auch wenn nach Heims Ankündigung selbst Belgien mittut.

Unter Bundesgenossen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ behauptete legitim, daß die vom Kommerzienrat Lüttich geleitete „Deutsche Evaporator-Gesellschaft“ durch das Reichsverwertungsamt sich an unläuterer Nachenschaften mit Heeresgut beteiligt habe. Herr Stresemann, der dem Ausschussrat dieser Gesellschaft angehört, beabsichtigt nun, gegen die alliierte und assoziierte „Deutsche Tageszeitung“ eine Verleumdungsklage einzubringen!

Der Oberpräsident z. D.

Der frühere Oberpräsident von Ostpreußen, Herr August Winnig, bekannt und besonders berühmt seit den Kapp-Tagen, hat sich auf seinem Abmarsch in rechter Richtung vorläufig im sogenannten „Roten“ Tag heimgefunden, der bekanntlich den folgenden Wahlprüfstein an der eisernen Stirn trägt: Keiner Partei dienbar — freies Wort jeder Partei. — Nachdem Winnig bereits am 27. Mai den „Konstruktionsfehler“ der jetzigen Regierung festgestellt hat, dessen Vermeidung und in seinen Konsequenzen die Inversion der „Kappage eripart“ hätte (was wäre Winnig ohne Kapp?), wird am 2. Juni das „Horoskop“ der Wahlen gestellt. Daß die Sozialdemokratie dabei 40 bis 50 Proz. ihres Mandatsbestandes abgeben wird, ist dem alten „Genossen“ klar; diese Teilliquidation der Sozialdemokratie, wie er es nennt, scheint ihm gar nicht so unangenehm zu sein, denn Herr Winnig, August, nennt sich Oberpräsident z. D., aber ein Verwaltungsgeschehen war entweder a. D. oder im Dienst. Die kleine Eitelkeit des Oberpräsidententitels ist Herr Winnig lächelnd vergebend; aber z. D.! Zu weissen Disposition hält sich Herr Winnig eigentlich?

Stinnes kauft alles. Ueber den Verkauf der „Münchener Neuesten Nachrichten“ an den Stinneskongern macht die „Münchener Post“ jetzt genauere Angaben. Danach soll dem Blatt sein jetziger „antidemokratischer Charakter“ genommen und ihm ein „rechtsdemokratischer“ gegeben werden. Mit anderen Worten, es soll ein neues Organ geschaffen werden, um die Demokraten dem Stinneskongern vollständig untertan zu machen. Das Redaktionsgeschäft soll von Dr. Martin Röhr und Dr. Fritz Gerlich besorgt werden. Der letztere ist Reichstagskandidat der Deutschen Demokraten!

Unehrliche Wahlmagaie wirft die „Freiheit“ den Kommunisten vor. Sie sagt von ihnen, daß sie sich in anderthalb Jahren ihrer praktisch-revolutionären Tätigkeit darauf beschränkt hätten, die Arbeiterbewegung zu desorganisieren, und fordert die Arbeiterschaft auf, am 6. Juni „über dieses gewissenlose Treiben ihr Urteil zu sprechen“. — „Freiheit“, du sprichst das Urteil über deine eigene Partei!

Prügel in der Wahlversammlung. In einer vom Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbund, also den Antisemitzen, veranstalteten Versammlung gegen die Juden für einen unabhängigen Sozialdemokraten das Podium. Im Versammlungsraum brach zwischen den Unabhängigen und den Anhängern des deutsch-völkischen Redners eine Prügelei aus.

Ich demontiere mir... Die Nationalliberale Korrespondenz meldet: In einer Erklärung des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Heilmann, die der „Vorwärts“ in seiner Abendausgabe vom 1. Juni veröffentlicht, ist davon die Rede, daß die Herren Dr. Leidig und Dr. Stresemann am 17. März telefonisch bei Heilmann angefragt hätten, ob er bereit sei, ihre Aufnahme in die Regierung Bauer zu vermitteln. Wie hierzu Dr. Stresemann erwidert, müsse der Abg. Heilmann das Opfer einer Hypothese geworden sein. Abg. Stresemann habe keinerlei Gespräche mit Herrn Heilmann geführt. Die Frage eines Eintritts der Deutschen Volkspartei in die Regierung Bauer sei niemals Gegenstand der Erörterungen innerhalb der Deutschen Volkspartei gewesen. — Man wird gegenüber diesem Wahlmenten sicher die Erklärungen des Genossen Heilmann abwarten müssen.

Obstruktion in Holland.

Amsterdam, 2. Juni. (U.S.P.) In der Zweiten Kammer sind die Sozialdemokraten wegen des Planes, das Gesetz gegen revolutionäre Umtriebe bereits nächste Woche zur Verhandlung zu bringen, in die Obstruktion eingetreten und halten Dauerreden ab. Duys sagte, die sozialdemokratische Obstruktion werde nötigenfalls die ganze Woche hindurch fortgesetzt werden.

Walter Dehne hält seinen Bericht über die Unterredung mit dem Staatskommissar Vorowski-Königsberg vollkommen aufrecht und betont, daß Vorowski selbst die Veröffentlichung gewünscht habe. Dehne war übrigens nicht verhaftet, sondern sollte nur das Hotel nicht verlassen.

Gewerkschaftsbewegung

Wahltag ist Zahltag!

Wie wichtig es für jeden Gewerkschafter ist, am Wahltag sich nicht einfangen zu lassen von einer der bürgerlichen Parteien, die während des Wahlkampfes mit allen möglichen Versprechungen um die Stimme des Hand- und Kopfarbeiters buhlen, zeigt das folgende im Februar d. J. an alle Mitglieder der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ergangene streng vertrauliche Rundschreiben:

In der Protokollführung der deutschen Industrie am 11. Dezember 1919 gegen den Entwurf des Betriebsrätegesetzes wurde für den Fall der Annahme des Gesetzes durch die Nationalversammlung und den Reichsrat ohne Berücksichtigung der Forderungen der Industrie ein Aktionsauschuss mit weitgehendsten Vollmachten eingesetzt, dem es obliegen sollte, die Interessen der Unternehmer bei der Durchführung des Gesetzes mit allen gesetzlichen Mitteln rücksichtslos zu wahren. Nachdem das Betriebsrätegesetz durch die Nationalversammlung und den Reichsrat verabschiedet worden war, hat der Aktionsauschuss am 2. Februar 1920 die manuelle zu ergreifenden Maßnahmen beraten. Die einstimmige Auffassung des Aktionsauschusses geht nunmehr dahin, daß zurecht von einer Veräusserung der Stillelegung der Betriebe abgesehen werden muß, weil unter den gegenwärtigen Umständen die Hinderung der Produktion und damit die noch größere Lähmung der deutschen Wirtschaft das schwerwiegendere Übel sein würde. Dagegen hält es der Aktionsauschuss für die Aufgabe der Zentralverbände, eine umfassende Aufklärung der Industrie über den Inhalt des Betriebsrätegesetzes und über die Grenzen seiner Wirksamkeit vorzunehmen und wird alle hierfür erforderlichen Maßnahmen treffen. Inzwischen soll auf die Reaktion der Nationalversammlung eingewirkt werden, daß die noch zu erlassenden, im Betriebsrätegesetz angeführten Ausschließungsvorschriften und besonderen Gesetze (betreffend Aufsichtsrat und Betriebsbilanz) so gefaßt werden, daß die in den bereits jetzt in Kraft tretenden Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes liegenden Gefahren aufgehoben oder mindestens gemildert werden.

Im Interesse der Solidarität und der Wirksamkeit müssen wir von unseren Mitgliedern unbedingt verlangen, daß weitere als die gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Zugeständnisse, die nach § 62 an sich denkbar sind, unter keinen Umständen gemacht werden. Wir ermahnen deshalb die uns angeschlossenen Mitgliedsverbände, bei den aufzustellenden Arbeitsordnungen und bei den abzustellenden Tarifverträgen und sonstigen Vereinbarungen mit der Arbeiterschaft über den Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen unbedingt nicht hinauszugehen und die gleiche Verpflichtung den ihnen angeschlossenen Verbänden und Firmen aufzuerlegen.

Nur bei einem solchen einheitlichen und geschlossenen Vorgehen der Industrie kann erwartet werden, daß in Zukunft über die berechtigten Forderungen der Industrie nicht wieder wie im Falle des Betriebsrätegesetzes zur Tagesordnung übergegangen, sondern, daß die Industrie in der Lage sein wird, ihre gewaltige Stimme ausschlaggebend in die Waagschale zu werfen.

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Der 1. Vorsitzende: (gez.) Dr. Sorge.

Der Geschäftsführer: Dr. Tänzler.

Seid auf der Hut, deutsche Arbeiter! Es genügt nicht, auf dem Bestehenden stehen zu bleiben. Der Einfluß der Arbeiterschaft auf den Produktionsprozeß ist zu gering. Wir sollen und müssen vom sozialistischen Standpunkt aus größeren Einfluß bekommen. Dies wird aber nur möglich sein, wenn die Arbeiterschaft bei den kommenden Wahlen mit äußerster Kraftanstrengung alles aufbietet, um eine Stärkung der grundsätzlich arbeitserfreundlichen Rechtsparteien bis weit in die Reihen der Demokraten hinein zu verhindern. Es wäre auch falsch, sich darauf zu verlassen, daß man letzten Endes durch gewalttätige Mittel ja doch den Kapitalismus zwingen kann, Zugeständnisse zu machen. Die Gewalt auf der einen Seite löst die Gewalt auf der anderen Seite aus, und ob Gewalt haben oder drücken, das deutsche Volk in der Gesamtheit seiner arbeitenden Schichten würde der Leidtragende sein. Gelingt es aber auf dem Boden der Verfassung und auf dem Boden des Rechts den reaktionären arbeitserfeindlichen Schichten die Macht des überwiegenden Teils der Stimmberechtigten des deutschen Volkes gegenüberzustellen, so wird ohne allzu schwere Erschütterungen es trotzdem möglich sein, die Freiheiten des Volkes zu wahren und zu erweitern im Sinne des Sozialismus.

Arbeiter! Geduldet am Wahltag all der reaktionären Ansprüche der kapitalistischen Parteien! Stimmt für die Wahlvorschläge der Sozialdemokratischen Partei!

Achtung, Betriebsräte!

Auf Grund vielfacher Anfragen die Mitteilung, daß die Verhandlungen mit der Gewerkschaftskommission nach Erledigung der Reichstagswahl sofort wieder aufgenommen und zu Ende geführt werden. Im Anschluß daran wird in einer Vollversammlung der Betriebsräte Bericht erstattet. Platon, Kommentar zur V. A. G., in umgearbeiteter und verbesserter Auflage, kann wieder zum Vorzugspreise bei uns entgegengenommen werden.

Betriebsräte-Sekretariat E. P. D.,
In den Zeiten 23.

Von der Bewegung der Bankbeamten.

Die von der Berliner Bankbeamtenchaft am Mittwoch einberufene Versammlung im Lustgarten gestaltete sich trotz des ungünstigen Wetters zu einer eindrucksvollen Kundgebung. Der Referent Marx führte aus, daß die Verhandlungen der Arbeitnehmerschaft mit den Arbeitgebern kein positives Resultat ergeben hätten und daß damit der Zeitpunkt zum Handeln gekommen sei. Er beleuchtete beispielsweise den wirtschaftlichen Kampf der schlesischen Bankbeamtenchaft, der der Schiedspruch des Demobilisierungskommissars vom Reichsarbeitsministerium als verbindlich für beide Parteien vorgelegt worden ist. Trotzdem erkennen die schlesischen Bankleitungen diese Verbindlichkeitsklärung nicht an. Diese Nichtachtung gesetzlicher Bestimmungen sei unerhört, und es sei Aufgabe der Arbeitnehmerschaft, ihnen Geltung zu verschaffen. Nicht besser seien die Zustände in Berlin, wo ebenfalls die Bankleitungen eine ablehnende Haltung einnehmen. Die Bankbeamtenchaft dürfe sich nicht länger hinhalten lassen und müsse zeigen, daß sie zum Neuerstehen entschlossen sei. In allen Bankbetrieben würden jetzt Abstimmungen vorgenommen werden, und es sei Pflicht jedes Beamten, zu einer geschlossenen Streikfront beizutreten. Dann berichtete der Vertreter der bayerischen Kollegenschaft, Pitzel, über den Kampf der süddeutschen Angestellten. Dort hat sich die Bankbeamtenchaft in einem Verband zusammengeschlossen, um dem Wirtschaftskampf zum Siege zu verhelfen. Nach einer Aufforderung, sich als freiwillige Streikposten zur Verfügung zu stellen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Solidarität der deutschen Bankbeamtenchaft geschlossen.

Drohender Streik im Buchhändlergewerbe?

In der gestrigen kombinierten Delegiertenversammlung aller in Buchbindereien, Buchdruckereien, Geschäftsbuchfabriken und in der Briefumschloßbranche beschäftigten Buchbindereiarbeiter und -arbeitenden wurde der Bericht von den Tarifverhandlungen in Eisenach entgegengenommen. Gefordert wurde unsererseits 1,25 M. für männliche und 75 Pf. für weibliche Mitglieder pro Stunde. Die Buchbindereibetriebe forderten von unseren Unterhändlern in Eisenach die Preisgabe der 48-Stunden-Woche und die Einführung der 48stündigen Arbeitswoche. Stürmische Entrüstung rief dieses Ansinnen in der Sitzung hervor und in einer angenommenen Resolution wurde das Verbleiben der Arbeitgeber niedriger gehalten und entsprechend kritisiert. Das Resultat der weiteren Verhandlungen mit den der „A.“ angeschlossenen Verbänden wurde als geradezu unhaltbar bezeichnet. Die Kollegenschaft erklärte, mit diesem gemachten Angebot — das auch der Berliner Vertreter, Kollege Czerni, sofort für Berlin ungültig erklärte — niemals einverstanden sein zu können. Die Lebensverhältnisse lassen es einfach nicht zu, sich mit diesen angebotenen Sätzen zu begnügen. Die versammelten Delegierten erklärten, wenn bis Freitag mittag keine örtlichen Berliner Verhandlungen zustande kommen, für eine Ruhezuge in den Betrieben nicht mehr einzutreten zu können. Die in diesem Sinne abgefaßte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Branche der Einflächler, Kassenboten, Bureauangestellte usw. Freitag, den 4. Juni, abends 7,7 Uhr, im Lokal von Wegener, Seebstr. 30: Branchenversammlung aller Kassenboten, Bureauangestellten usw. aus den Kreditinstituten, Kassenmachinenschäften, Versicherungsgesellschaften, der Eisenhandelsfirmen, der Waagenfirmen und der Industrie und des Handels.

Expeditions-gewerbe. Betriebsräte, Vertrauensleute aus allen Betrieben Groß-Berlins. Donnerstag, den 3. Juni, abends 7 Uhr, bei Böder, Weberstraße: Abändige Zusammenkunft.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 7 (Waren-, Kaufhändler und Spezialgeschäfte). Desastliche Versammlung der leitenden Angestellten im Einzelhandel: Freitag, den 4. Juni, abends 7,7 Uhr, Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 40/41. Fachgruppe 12 (Hoch- u. Tiefbau, Kohlen). Sitzung der Vertrauensleute: Freitag, 4. Juni, abends 7,7 Uhr, Verbandslokal: Belle-Alliance-Str. 7/10. Fachgruppe 14 (Wagen- und Karosseriebau und -handel). Mitgliederversammlung: Freitag, 4. Juni, abends 7 Uhr, Verbandslokal: Belle-Alliance-Str. 7/10. Fachgruppe 15b (Siemens-Konzern). Mitgliederversammlung: Freitag, 4. Juni, abends 7,7 Uhr, Schillertheater Charlottenburg, Wismarstr. 110. Fachgruppe 16b (Bauingenieur- u. Annoncenexpedition). Mitgliederversammlung: Freitag, 4. Juni, abends 7,7 Uhr, Sophienstr. 17/18. — Angestellte der Kolonialwaren-, Reinhold-, Milch-, Kaugummi-, Schokoladen-, Bild-, Gesäßel- und Dessertwaren-Branche. Freitag, den 4. Juni 1920, abends 7,7 Uhr: Versammlung im Lustgarten, Bericht von den Tarifverhandlungen.

Wirtschaft

Halt bei den Arbeiterentlassungen!

Das Handlungsgremium Pirmasens sendet uns folgende Mitteilung:

In der Mitgliederversammlung des Fabrikanten-Vereins Pirmasens wurde das mit der Arbeiterschaft für den Monat Juni getroffene Ferien- und Erwerbslosen-Abkommen angenommen. Es wurde festgestellt, daß nahezu sämtliche Schuhfabriken, Groß- und Mittelbetriebe, am 1. Juni schließen. Auch die Mitglieder der beiden anderen Vereine werden, soweit sie nicht stilllegen, das gleiche tun. Die Schuhfabriken der übrigen Pfalz wie in Speyer und Zweibrücken sind gleichfalls geschlossen. Die über 16- bis 17000 Arbeiter der Pirmasenser und die 3- bis 4000 Arbeiter der übrigen Pfälzer Schuhindustrie zeigen Verständnis für die Lage der Schuhindustrie, zumal das Pirmasenser Notstandsabkommen ihnen einigermaßen ein Existenzminimum bietet. Die Industrie, die bis zur Erschöpfung gearbeitet hat, wartet um die Klärung der Lage ab und wird erst die Fabrikation aufnehmen, wenn der Bedarf einzieht, also der Verbraucherstreik aufhört. Den Ausfall der Fabrikation wird man im Herbst spüren.

Aus den vorstehenden Ausführungen ergibt sich, daß die privatrechtlichen Interessen mit solchen bedeutenden Nachmitteln, d. h. Kapitalien, geschützt werden können, daß darüber die volkswirtschaftlichen Interessen schwersten Schäden leiden. Warum wird die Produktion trotz billigeren Materials nicht fortgesetzt? Weil die mächtigen Unternehmer die Verbraucher zwingen wollen, ihnen ihre zu teure Ware abzunehmen. Lieber zahlen sie ihren Arbeitern Ferienlöhne, als daß sie die Ware zu Preisen abgeben, die den heutigen Marktwertverhältnissen entsprechen. Sie rechnen damit, daß die deutsche Valuta wieder sinken wird und sie mit dem billig eingekauften Material später noch höhere Gewinne werden erwarten können.

Die Ausfuhrerlaubnis ist vom Reichswirtschaftsministerium in Rücksicht auf den großen Inlandbedarf an Schuhen nicht erteilt worden. Anders würde diese Frage der Ausfuhr zu beurteilen sein, wenn die Fabrikanten sich bereit gefunden hätten, die Produktion mit neuem billigen Material fortzusetzen, um die Bevölkerung mit billigem Schuhwerk zu versorgen.

Die Stellung des Wirtschaftsministeriums, das die ungeheuer mächtige Unternehmerklasse überall als schärfste Gegner findet, wo es sich darum handelt, die volkswirtschaftlichen Interessen zu schützen, ist in der Tat außerordentlich schwierig. Wer die Verhandlungen um die Neuordnung der Kohlen- und Eisenwirtschaft ausmerksam verfolgt hat, weiß, wie der Wirtschaftsminister und sein Staatssekretär Dr. Hirsch tatsächlich um jede Handbreite Boden im schwersten Ringen steht, ohne dabei immer bei den Arbeitervertretern den notwendigen Rückhalt zu finden. Die Unternehmer versuchen immer wieder und wieder durch entsprechende Zugeständnisse die Arbeiter vor ihren Wagen zu spannen. Die Lohnerhöhungen usw. haben sich, wie wir oft genug bei den Preisfeststellungen gesehen haben, für die Unternehmer als recht gute Geschäfte erwiesen.

Man darf nicht unbeachtet lassen, daß wirtschaftspolitische Maßnahmen auch noch von vielen anderen Ministerien und Dienststellen bearbeitet werden und schließlich noch der Reichsrat und das Kabinett in der Lage sind, wichtige wirtschaftspolitische Maßnahmen zu verhindern. Wir denken dabei an die Einführung des Ausfuhrzollens, der seinerzeit dem Reich große Erträge gebracht hätte.

In der Frage der Arbeiterentlassungen scheint es uns dringend erforderlich, daß die Arbeiterorganisationen den Wirtschaftsminister auffordern, sein Veto einzulegen, und daß sie sich geschlossen in dieser wichtigsten Angelegenheit hinter den Minister stellen. Es muß produziert werden, weil produziert werden kann. Die Verluste aus dem Verkauf der Lagerbestände muß das Unternehmertum tragen, die Kreditfrage läßt sich ohne Schwierigkeiten lösen. Der Verbraucherstreik wird schon im Interesse der Arbeiterschaft, die 75 Proz. der Verbraucher stellen, sein Ende finden, wenn sie sehen, daß wieder produziert wird. Überall, wo die Betriebe stillliegen, kann das Reich als Teilhaber einspringen, wie Dr. Hirsch das vorgeschlagen hat. Eine geschlossene Aktion der Arbeiterschaft gegen die Unternehmer, die ihre Stellung im Wirtschaftsleben verlieren und nicht wissen, daß ihre Stellung als Wirtschaftsführer ihnen der Gesamtheit gegenüber Pflichten auferlegt, muß als Abwehr gegen den Unternehmerstreik einleiten. — (A. S.)

Bericht für den redaktion. Teil: Erich Kautner, Tempelhofer; für Anzeigen: Th. Glode, Berlin. Verlag: Fortwärtig-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärtig-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Sieber u. Co., Berlin, Lindenstr. 2, Stern 1. Blatt.

Sehr preiswert!

- Hemdentuch etwa 80 cm breit, kräftige Qualität . . . Mtr. 12⁵⁰
- Hemdentuch etwa 80 cm br., bes. schwere Qual. Mtr. 16⁵⁰ 19⁵⁰
- Renforcé etwa 82 cm breit, vorzügl. Qualität Mtr. 13⁵⁰ 18⁰⁰ 21⁰⁰
- Bettdamast Kissenbreite . . Mtr. 33⁵⁰ Deckbettbreite Mtr. 52⁰⁰
- Bettkörper federd., Kissenbr. Mtr. 42⁰⁰ Deckbettbreite Mtr. 68⁰⁰
- Gebleichter Körperbarchent . . . Mtr. 18⁵⁰
- Baumwollene Flanelle schöne Streifenmuster, elegante Qualität für Blusen und Sportheimden . . . Mtr. 24⁵⁰
- Schlafdecken und Bettücher in verschiedenen Größen und Farben . . . Stück 35⁰⁰ 58⁰⁰ 87⁵⁰

Damen-Handschuhe

- Zwirn schwarz, durchbrochen . . . 7⁵⁰
- Leinenersatz farbig, mit 2 Druckknöpfen 15⁵⁰
- Leinenersatz farbig, schwarz und weiß . 17⁵⁰
- Seide glatt, weiß, farbig, schwarz, 2 Druckkn. . 18⁵⁰

A. Wertheim

Trikotagen · Strümpfe

- Korsettschoner weiß, Baumwolle, gestrickt 6⁷⁵ 10⁷⁵
- Schlupfbeckkleider für Damen farbig . 29⁰⁰ 42⁰⁰
- Hemdbeckkleider für Damen, weiß, Baumw. 28⁰⁰ 36⁰⁰
- Damen-Sportjacken verschiedenen Formen und Farben . 195⁰⁰ 295⁰⁰
- Damenstrümpfe schwarz, deutsch lang, mittelstark . . . 14⁵⁰
- Damenstrümpfe schwarz, lang, mit verstärkter Sohle 16⁷⁵
- Damenstrümpfe weiß, lang, mit verstärkter Sohle 14⁵⁰
- Herrnsocken schwarz oder feine Farben, Fuß ohne Naht . . . 11²⁵
- Herrnsocken Flor, feine Farben, mit Stickerie . . . 18⁵⁰
- Herrnsocken makkefarbig, Fuß ohne Naht . . . 12⁵⁰
- Oberhemden Trikot, mit gestrickt, Blusstaen 54⁰⁰ 85⁰⁰
- Netz-Unterjacken 12⁵⁰

Steppdecken · Vorleger

- Stoppdecken modern, buntgemustert 360⁰⁰
- Badevorleger haltbare Pflanzball, 80/90 cm . . . 28⁵⁰
- Badevorleger haltbare Pflanzball, 60/120 cm . . . 42⁰⁰